Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postzuschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 549. **Sonnabend, 8. November 1919. Morgen-Ausgabe.** **59. Jahrgang.**

Für schleunigste Friedensrevision

Die Londoner Wirtschaftskonferenz gegen Versailles.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 7. November.

Die Londoner Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot hat gestern ihre Besprechungen abgeschlossen. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, wurden noch folgende Beschlüsse angenommen:

Der Kongreß stebt unter dem Eindruck des ernsten Zustandes in Europa, wie er bei den Beratungen zutage getreten ist und unter dem Eindruck der drohenden Gefahr einer Hungersnot. Der Kongreß stellt bei aller Würdigung der bereits auf wirtschaftlichem Gebiete getroffenen Maßnahmen unter dem Eindruck, daß noch feine genügenden Schritte getan worden sind, um diesen fürchterlichen Zustand zu bekämpfen, daß der Zustand von Europa eine ernste Bedrohung für England und alle anderen Länder ist, daß allgemein Unbehagen in England über diese Zustände herrscht und unmittelbare Schritte getan werden müssen, um das englische Volk aufzuklären.

Der Kongreß fordert, daß der Oberste Wirtschaftsrat, ferner die Wiederherstellungskommission, die europäische Kohlenkommission und andere Körperschaften so ausführlich wie möglich Auskünfte über den tatsächlichen wirtschaftlichen Zustand in Europa geben, besonders in Bezug auf den Bedarf einerseits und andererseits über die Vorräte an Lebensmitteln, Brennstoffen, Beförderung, Transportmitteln und Rohstoffen in den verschiedenen Ländern. Der Kongreß richtet einen Appell an die Regierungen und die Presse der ganzen Welt, diese Tatsachen an die Oeffentlichkeit zu bringen.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die industrielle Reorganisation der Welt nicht kräftig einsetzen kann, bevor nicht Rußland wieder instandgesetzt ist, wirtschaftlich wieder aufzuleben, um seine riesigen Hilfsmittel an Lebensmitteln und Rohstoffen zur Verfügung der Welt zu stellen, und daß der erste Schritt, der unternommen werden muß, der sein muß, alle Einmischungen mit Zwangsmitteln durch fremde Militelsmächte in Rußland sowohl militelbar wie unmittelbar einzustellen.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages größtenteils verantwortlich sind für die Zerrüttung der Produktion und des Kredits und für die Gefahr, mit der die gesamte kulturelle Welt durch eine gewaltige Revolution und durch Hungersnot bedroht wird. Er ist ferner der Ansicht, daß die Interessen aller Länder es erfordern, die Bestimmungen so schleunigst wie möglich zu ändern.

Wie bereits berichtet, wurde auf der Londoner internationalen Konferenz die Presse von den Sitzungen ausgeschlossen, weil einige Delegierte, die sich in Staatsgeheimnissen auskannten, darum ersucht hatten. In Anbetracht dessen dringt über die Sitzungen nur sehr wenig in die Oeffentlichkeit. Gestern hat nun Miß Sheepshanks, eine bekannte Frauenrechtlerin und Parlamentarierin des Kongresses, dem Londoner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" einige Mitteilungen über den Verlauf der Erörterungen gemacht.

Sie führte u. a. aus, daß man die Sitzungen deswegen hätte geheim halten müssen, weil man Schwierigkeiten befürchtete, wenn die Oeffentlichkeit zugelassen wäre. Sie wären auch zweifellos eingetreten, was man schon aus dem Hetzzug ersehen könne, den die Nordkliffe-Presse sofort nach Bekanntwerden des Planes und später gegen die Arbeiten der Konferenz selbst eingeleitet habe. Miß Sheepshanks erklärte weiter, es handle sich um einen wissenschaftlichen Kongreß. Aus diesem Grunde habe man auch den Kreis der zugelassenen Delegierten nicht allzuweit ziehen können. In manchen Fragen bestehe keine Einigkeit.

In der Frage des internationalen Kredits hat, nach der weiteren Darstellung von M. Sheepshanks, Sir Paith, der früher finanzieller Berater der britischen Regierung, die Aufgabe einer gegen internationalen Anleihe mit staatlichen Garantien vorgeschlagen. Demgegenüber hat Oppenheim aus Wien für die Errichtung einer internationalen Bank ein, deren Grundlage auf wirklich n Werten (real securities) ruhen müsse und die ein internationales Zahlungsmittel ausgeben solle. Inzwischen ist man doch in vielen Punkten bereits zu einer Einigung gelangt. Man ist jedoch nicht zusammengekommen, um eine Lehre zu verkünden, sondern um sich über den Stand der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten.

Ueber die Einzelheiten der Debatte erfuhr der Korrespondent noch, daß der Vortrag des Holländers Dr. Wientoach, der sich seit Kriegsausbruch in Wien aufhielt, einen tiefen Eindruck auf die Versammlung gemacht habe. Wintoach sprach über die Not in Oesterreich und schrieb die furchtbaren Wiener Hospitäler, denen es jetzt an allem fehle. Der Hunger habe Skorbut verursacht, der allen durch große Zufuhr von reichem Gemüse und Obst behoben werden könnte. Selbst die Milch, die man erhalte, sei für die Volksgesundheit ungenügend, da sie von Vieh stamme, das mit getrocknetem Futter genährt werde. Große Sendungen von Südfrüchten und frischem Gemüse seien unbedingt notwendig.

Frau D. Granowitsch aus Petersburg, die früher dem Kabinett Kerenskij angehörte, eine eifrige Gegnerin der Bolschewisten, hielt einen Vortrag, der in einen kräftigen Protest gegen die Blockade Rußlands auslief. Diese Blockade bringe Millionen den Tod. Auch eine Rede Brentanos machte bei den Zuhörern großen Eindruck. Er legte den Nachdruck auf den Tiefstand der Industrie wegen der Kohlennot, die durch den niederschmetternden Einfluß der Bestimmungen des Friedensvertrages verursacht sei.

Weiter befaßte sich die Konferenz mit der Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Wirtschaftsrats, um die Verteilung von Kohlen, Lebensmitteln und Rohstoffen an alle Völker einheitlich zu regeln. In dieser Hinsicht bestehen aber innerhalb der Konferenz noch starke Meinungsverschiedenheiten, vor allem wegen der notwendigen Ueberwachung durch den Verband. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung auch den Ausführungen des früheren Londoner Vertreters der „Frankfurter Zeitung", Guttmanns, der die Forderung einer Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen den Völkern unterstrich.

Schließlich sprach noch Miß Sheepshanks über das vorausssichtliche Ergebnis der Konfere z. Eine siehe bereits heute fest: Es sei das erste Mal seit dem Kriege, daß in England deutsche und verbündete Staatsangehörige zusammengekommen wären. Nicht alle Engländer und nicht alle Leute hätten sich was begreiflich sei, in den ersten Verhandlungen auf einen guten Fuß stellen können. Die französischen Abgeordneten hätten sich jedoch sehr gemäßigt gezeigt. Ein Delegierter versicherte, daß auch in Frankreich eine Strömung bestehe, welche die Bestimmungen des Friedensvertrages ablehne und auf deren Erneuerung hinarbeite.

v. St.

Günstige Wirkung der Verkehrssperre.

Verbesserte Kohlenbeförderung.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die einschneidenden Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung haben im Ruhrgebiete bereits zu einer neuen Steigerung der Wagengestellung für Kohle, Koks und Briketts geführt. Während in den ersten vier Werktagen der vorigen Woche die Wagengestellung im ganzen 58 351 Wagen, das heißt im werktäglichen Durchschnitt 14 595 Wagen betrug, stieg sie in den ersten vier Tagen der laufenden Woche auf 70 714 Wagen, mithin auf werktäglich 17 679 Wagen. Die Steigerung beträgt mithin im werktäglichen Durchschnitt rund 3000 Wagen, das sind mehr als 20 vom Hundert. Gestern wurden annähernd 18 500 Wagen gestellt, eine Zahl, die seit Juli d. Js. nicht mehr erreicht worden ist.

Deutsche Kohle für Belgien.

A. Zürich, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Genfer Nachrichten zufolge ist zwischen Frankreich und Belgien ein Uebereinkommen zustandegekommen, wonach Frankreich eine monatliche Menge von 150 000 Tonnen deutscher Kohle Belgien zur Verfügung stellt. Die Kohlen sind für die belgische Industrie, besonders für die Hochöfen und Glasfabriken, bestimmt.

Die „Associated Preß" meldet: Uebereinstimmende mit Angaben des Oberkommissärs des Saargebietes wird die Kohlenausfuhr nach Deutschland und den neutralen und alliierten Ländern vorläufig eingestellt.

Abberufung der englischen Quartiermacher aus Flensburg.

W. Flensburg, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie ich von unterrichteter Seite erfahre, sind die englischen Offiziere, die hier seit einigen Tagen weilten, um angeblich Quartier für die englischen Truppen zu machen, nach Köln zurückberufen worden. Da sie wegen der Verkehrssperre die Bahn nicht benutzen können, beabsichtigen sie, im Automobil zu reisen.

Englische Truppen nach den Abstimmungsbezirken.

Amsterdam, 7. November. „Daily Expreß" teilt amtlich mit, daß die Engländer im Einvernehmen mit den Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen nach den polnischen Bezirken schicken werden, in denen eine Volksabstimmung stattfindet. Die Truppen werden bis Januar dort bleiben.

Ein italienischer Anleihepfand.

A. Lugano, 7. November. (Eigene Drahtmeldung) Der „Secolo" verbreitet die Nachricht, daß die italienische Regierung beabsichtige, einer amerikanischen Bankgruppe auf die Dauer von 50 Jahren die Wasserkräfte des Trentino als Garantie für eine große Anleihe von 3 Milliarden Lire abzutreten.

Die Verantwortung für Scapa Flow.

Drahtmeldung.

London, 7. November.

Auf eine Anfrage hat der Erste Lord der Admiralität Long erklärt, daß die britische Regierung die Verantwortlichkeit für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow nicht übernehmen könne und daß die Frage der Blockade noch dem Obersten Rat zur Prüfung unterbreitet werde.

*

Amtlich wird gemeldet: Die interalliierte Marine-Waffenstillstandskommission hat Freitag für Leutnant an der deutschen Küste, jedoch nur für den westlichen Teil zwischen deutsch n Häfen, zu stehen. Diese war nur geringe Milderung der über den deutschen Schiffsverkehr in der Ostsee verhängten Sperre ist von Wichtigkeit für die Kohlenversorgung ostpreußischer Häfen.

Die Hamburger Reder gegen die Ententeforderungen.

Hamburg, 7. November. Der Verein Hamburger Reeder hat folgendes Telegramm an die Reichsregierung gesandt:

Die im zweiten Protokoll zum Friedensvertrag von der Entente niedergelegten Forderungen bedeuten mit der verlangten Auslieferung von Schwimmdocks und Kränen nicht nur für die zunächst davon betroffenen Werften, sondern auch für die deutsche Seeschiffahrt eine schwere Gefährdung, mit der Abgabe von Seebaggern eine Bedrohung des gesamten deutschen Seebaggerwerkbetriebs. Die Wegnahme der Schlepper würde, soweit Seeschlepper in Frage kommen, auch die Seeleichter in Mitleidenschaft ziehen und damit den für unser Wirtschaftsleben unentbehrlichen Küstenverkehr lahmlegen. Die unausbleibliche Folge dieser Auslieferung wären zahlreiche Arbeiterentlassungen in den Werft-, Schlepp-, Seeschiffahrts- und Hafenbetrieben.

Wir bitten daher dringlichst, den mit nichts zu rechtfertigenden Forderungen der Entente, die den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft völlig zur Unmöglichkeit machen würden, den allerhärtesten Widerstand entgegenzusetzen und die Durchführung mit allen Mitteln zu verhüten.

Auch der Deutsche Seefahrtsausschuß wandte sich im gleichen Sinne telegraphisch an die Reichsregierung.

Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß der Untersuchungsausschuß seine Arbeiten die nächste Woche hinaus vorzusehen gedenkt. Es ist dazu die Vernehmung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generals Ludendorff in Aussicht genommen. Der Tag ist noch nicht festgesetzt, doch dürfte die Vernehmung des beiden Heerführer jedenfalls nicht vor Donnerstag nächsten. Die Stellung eines Extrazuges für den greisen Generalfeldmarschall von Hindenburg, die vorgesehen ist, dürfte mit der Verkehrssperre zusammenhängen. (Siehe auch Seite 2.)

Schlechte Aussichten für Amerikas Ratifizierung.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 7. November.

Senator Hitchcock, der bekannte Anhänger und die Hauptstütze Wilsons im Senat, hat gestern den Senat mit seinem Vorschlage einer sofortigen Abstimmung über den Friedensvertrag ohne Debatte und ohne Aenderung überrumpelt. Die Ueberraschung der Senatoren löste sich in einer Debatte, in der die Geister heftig auseinanderplatzten und nach welcher der Vorschlag abgewiesen wurde.

Washington, 6. November. Im Senat wurde der Abänderungsantrag Gore, in dem eine Volksabstimmung darüber verlangt wird, ob im Rahmen des Völkerbundes ein Krieg erklärt werden kann, mit 97 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Amsterdam, 7. November. Senator Lodge hat die vom Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagenen Vorbehalte eingebracht und gefordert, daß die Entscheidung nicht weiter hinausgeschoben wird.

„New York Times" melden, daß nach Ansicht der führenden Senatoren die Aussichten auf Ratifikation des Friedensvertrages infolge der Drohung der Regierungsdemokraten und der republikanischen Gegner des Friedensvertrages, gegen die Ratifikation zu stimmen, wenn die Vorbehalte des Ausschusses nicht angenommen würden, gering sind. Die von den republikanischen Führern vorgenommene Stimmenzählung hat ergeben, daß 31 Republikaner und 5 Demokraten für Ablehnung des Friedensvertrages sind.

Die österreichische Ratifikationsurkunde in Paris.

Paris, 7. November.

Der Präsident der österreichischen Delegation übergab am Mittwochabend dem General Kreibe der Friedensvertrages von Saint Germain und einen Brief an den Präsidenten der Friedenskonferenz, der besagt, daß Oesterreich seine Verfassungsbestimmungen den von den Mächten im Friedensvertrag festgesetzten Grundsätzen angepaßt habe. — Oe erreich habe dadurch seine äußere Politik den Ansichten der Großmächte untergeordnet und vertraue vollständig auf ihren Schutz.

Friedensratifikation durch die Tschechoslowakei.

Prag, 7. November. (Eigene Drahtmelbung.) Die tschechische Nationalversammlung hat heute den Friedensvertrag genehmigt.

Die oberschlesischen Gemeindewahlen.

Deutsche Antwortnote an den Obersten Rat.

Auf die Anfrage des Obersten Rates wegen der oberschlesischen Gemeinderatswahlen ist in Paris folgende Antwortnote überreicht worden:

Die Nachricht, daß die preußische Regierung binnen kurzem, und zwar am 9. November 1919 die Gemeindewahlen in Oberschlesien vornehmen gedenkt, trifft zu.

In Preußen galt für die Gemeindewahlen bis zu der Revolution das sogenannte Dreiklassenwahlrecht, nach dem die Wähler gemäß den Steuersätzen in drei Klassen eingeteilt wurden, von denen jede Klasse ein Drittel der Gemeindevertreter wählte. Je stärker deshalb die Unterschiede in der Steuerbelastung der Wähler in einer Gemeinde waren, desto größer war das Stimmgewicht der obersten Klassen und desto plutokratischer wirkte das Wahlrecht. Diese Einrichtung des alten Staates wurde alsbald nach der Revolution zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts beseitigt. Während im übrigen Preußen die Wahlen nach dem neuen Rechte bereits stattgefunden haben, sind in Oberschlesien die Gemeindevertretungen noch nach dem alten Rechte zusammengesetzt. Dieses wirkt umso unerträglicher, als die gewerbliche Entwicklung dort selbst die Unterschiede zwischen arm und reich besonders gefördert hat und als bisher namentlich in Gemeinden mit Berg- und Hüttenwerken die erste und zweite Klasse der Wähler beinahe ausschließlich von den Eigentümern, Unternehmern und Leitern dieser Werke gestellt wurden, die dann von sich aus zwei Drittel der Gemeindevertretungen wählten.

Nachdem nunmehr in Oberschlesien Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt sind, kann die preußische Regierung nicht mehr länger zögern, die aus mehrfachen Gründen, zuletzt infolge des Aufstandes verschobenen Gemeindewahlen abhalten zu lassen. Dies ist umso mehr geboten, als die Gemeindewahlen die Voraussetzung für die mittelbaren Kreis- und Provinziallandtagswahlen bilden, insbesondere die neue oberschlesische Provinzialverfassung erst auf Grund dieser Wahlen voll ins Leben treten kann.

Durch die Neuwahl der Gemeindevertreter wird auch dem Interessen des polnisch sprechenden Teiles der Bevölkerung Rechnung getragen. Es ist bekannt, daß die polnischen Elemente in Oberschlesien gerade unter dem ärmeren Volksteile zu finden sind; es ist deshalb klar, daß das Festhalten an dem veralteten Wahlrecht und den so zusammengesetzten Kommunalvertretungen eine Zurücksetzung gerade dieses Volksteils bilden würde.

Dafür, daß die Wahlen in voller Freiheit zur Durchführung gelangen werden, ist jede Gewähr gegeben. Namentlich hat die Regierung zugunsten der oberschlesischen Flüchtlinge angeordnet, daß sie nach ihrer Rückkehr an ihren Wohnsitz auf Antrag auch noch nachträglich in die Wählerliste aufgenommen werden.

Was endlich den Friedensvertrag betrifft, so ist demselben, namentlich auch der Anlage zu Artikel 88, kein Grund zu entnehmen, daß der preußische Staat an der Ausübung seines souveränen Rechtes, die Verwaltung in dem künftigen Abstimmungsgebiet bis zum Inkrafttreten des Friedens durchzuführen, gehindert oder daß die Vornahme der Wahlen der Zustimmtheit des internationalen Ausschusses irgendwie verbeischen wäre.

Die deutsche Regierung legt keinen Zweifel, daß unter diesen Umständen die alliierten und assoziierten Hauptmächte ihre ursprünglichen Bedenken gegen die Abhaltung der Wahlen in Oberschlesien um so eher zurückstellen werden, als es die erklärte Absicht der Mächte ist, den demokratischen Grundsätzen durch den Frieden den Weg zu ebnen.

Provinzialverband Posen-Westpreußen.

In einigen Blättern hat die Nachricht Aufnahme gefunden, das Ministerium des Innern habe beschlossen, die nach dem Friedensvertrage bei Preußen verbleibenden Reste der Provinzen Posen und Westpreußen unter die benachbarten Provinzen aufzuteilen, so daß damit die Namen Westpreußen und Posen verschwänden. Die Staatsregierung legt den größten Wert auf die Feststellung, daß diese Meldung falsch ist. Richtig ist, daß der Staatskommissar für Verwaltungsreform für die kommende Neuordnung der Verwaltung einen ähnlichen Gedanken zur Erörterung gestellt hat.

Die Staatsregierung steht diesem Gedanken fern. Sie hat im Gegenteil mit der Bildung eines Verwaltungsbezirks Schneidemühl bereits den Weg beschritten, den sie zu gehen gedenkt. Ueber diese verwaltungsmäßige Regelung hinaus liegt in der Absicht des Ministeriums des Innern eine kommunale Zusammenfassung der Restbezirke durch Bildung eines Provinzialverbandes Posen-Westpreußen, um diese mit der preußischen Geschichte auf das engste verknüpften, ehrwürdigen Namen zu erhalten und dem im deutschen Herzen tief wurzelnden heiligen Gedanken der Ostmark den gebührenden Ausdruck zu geben.

Die belgische Auslieferungsliste.

Die belgischen Blätter veröffentlichen eine längere Erklärung über das von der belgischen Regierung gestellte Verlangen, 1133 Deutsche auszuliefern, um wegen Verbrechen, die sie auf belgischem Boden begangen haben sollen, abgeurteilt zu werden. Aus dieser Veröffentlichung geht hervor, daß die belgische Regierung auch Material aus den Akten gewonnen hat, die von der deutschen Verwaltung bei der Räumung von Belgien zurückgelassen wurden. Die Anklage baut sich auf drei Kategorien von Vergehen auf:

1) Vergehen, begangen bei Verletzung der bestehenden Neutralität, also bei Einbrüchen der Armee in Belgien.

2) Vergehen, die begangen wurden während der Okkupation Belgiens und anläßlich der Evakuierung.

3) Unedles Vergehen zuungunsten der Kriegsgefangenen.

Die Liste ist dem Minister für auswärtige Angelegenheiten übermittelt worden. Um sie auszuarbeiten, sind die Mitglieder der Kommission und des Senats, die Gouverneure der Provinzen, die Bischöfe, die Bürgermeister, die Vertreter finanzieller und industrieller Unternehmungen, die Präsidenten

der Vereinigungen, die sich mit den Kriegsgefangenen, den Zivilgefangenen und den Deportierten beschäftigten, zur Mitarbeit aufgefordert worden; außerdem ist die Oeffentlichkeit aufgefordert worden, Mitteilungen zu machen. Die Note hebt hervor, daß die Klagen von Privatpersonen außerordentlich zahlreich gewesen sind.

Die unveränderte Streiklage in Amerika.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 7. November.

Die Streiklage in Amerika ist unverändert. Im Westen mußten viele Züge eingestellt werden. Der Mangel an Kohle macht sich in vielen Fabriken bemerkbar, die entweder ihren Betrieb bereits eingestellt haben, oder die Einstellung für die nächsten Tage ankündigen. In Kansas mußten die Schulen geschlossen werden.

Alle Vermittlungsversuche sind bis jetzt gescheitert. Der Streik ist auf ein totes Gleis gekommen. Der Vorschlag von Gompers, ein Schiedsgericht als ersten Schritt für eine Versöhnung einzuberufen, ist vom Generalprokurator schroff zurückgewiesen worden. Die Regierung will sich, solange der Streik andauert, auf keine Aenderung oder Milderung der erlassenen Befehle und Gesetze einlassen. Die Arbeiter dagegen erklären, nicht eher zur Arbeit zurückkehren zu wollen, bevor nicht die Streikerlasse der Regierung zurückgezogen sind.

Washington, 6. November. Die Kohlenkommission hat befohlen, bis zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks ausländischen Schiffen keine Bunkerkohlen mehr zu liefern.

R[illegible]ael, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Havas berichtet aus Chicago: Die Lage im Bergarbeiterstreik hat sich nicht geändert, obwohl die Grubenbesitzer Westvirginiens erklären, daß alle Vorteile auf ihrer Seite seien. Man hat beschlossen, den Eisenbahnverkehr in verschiedenen Staaten einzuschränken. Die Grubenbesitzer und die Bergarbeiter scheinen gewillt, die Entscheidung des Bundesgerichtshofes abzuwarten, der am Sonntag in Indianapolis tagt. Dagegen meldet die „Chicago Tribune", in Washington verlaute halbamtlich, daß die Bergleute den Schiedsgerichtsvorschlag von Wilson angenommen hätten.

Proteststreik der Pariser Eisenbahner.

Paris, 7. November. (Havas.) Die Gewerkschaft der Eisenbahner von Paris nahm eine Tagesordnung an, in der die Arbeiter aufgefordert werden, am Freitag Nachmittag die Arbeit niederzulegen, um gegen das langsame Fortschreiten der Amnestieangelegenheit und gegen den Eingriff in Rußland zu protestieren.

Die Arbeitskonferenz in Washington.

Annapolis, 6. November. Auf der siebenten Vollsitzung der internationalen Arbeitskonferenz wurde die Besprechung über den Acht-Stundentag und die 48-Stundenwoche fortgesetzt. Vorläufig werden Vollsitzungen am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, Sitzungen der drei Gruppen jeden Morgen und Kommissionssitzungen jeden Nachmittag stattfinden. Nach den Bestimmungen hat die Presse zu allen Vollsitzungen Zutritt. Eine halbe Stunde nach jeder Sitzung soll ein wörtlicher Bericht an die Presse gegeben werden, um falschen Darstellungen vorzubeugen.

In einem von der Arbeitergruppe eingebrachten Antrage wurde darauf hingewiesen, daß ein japanischer Arbeitervertreter nicht an der Konferenz teilnehme, weil in Japan keine Koalitionsfreiheit herrsche. Die Konferenz solle an Japan mit dem Ersuchen herantreten, die freie Ausübung dieses Rechts zu achten. Ein Antrag des internationalen Kongresses der arbeitenden Frauen verlangt, daß keine Kinder unter 16 Jahren, die ihre Schulbildung noch nicht vollendet haben oder nicht normal entwickelt sind, beschäftigt werden dürfen und daß ferner Personen unter 16 Jahren nicht in Bergwerken, in ungesunden Betrieben oder von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens arbeiten dürfen.

Der Kongreß für Frauenarbeit.

S. **Haag**, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der internationale Kongreß für Frauenarbeit in Washington ist gestern geschlossen worden. Es wurde entschieden, die ständige Organisation auf das nächste Jahr zu vertagen. Auf Vorschlag der französischen Delegation wurden die Zulassung der Deutschen und Oesterreicher auf dem nächsten Kongreß und die dazu notwendigen Vorbereitungen beschlossen. Mary MacArthur forderte vor Beendigung des Kongresses noch einen Zusammenschluß mit den Arbeiterparteien.

Columbien unterzeichnet den Völkerbundsvertrag. Nach einer Havasmeldung hat das Parlament von Columbien das Gesetz angenommen, durch welches Columbien ermächtigt wird, den Völkerbundsvertrag zu unterzeichnen.

Die Tirpitzsche Seekriegsleitung.

Die Kritik Dr. Struves.

In der weiteren Verhandlung des Untersuchungsausschusses am Freitag fragte

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Wie erklären Sie sich trotz der ungeheuren Versenkungsziffern die Tatsache, daß England nicht niedergezwungen wurde?

Admiral **Koch**: Die Wirkung, die wir erreichen wollten, nämlich England mürbe zu machen, ist ja erreicht worden.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Wozu mürbe machen?

Admiral **Koch**: Zum Frieden geneigt.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Zu welchem Frieden? Glauben Sie, daß England damals bereit gewesen wäre, in die Preisgabe Belgiens zugunsten Deutschlands zu willigen?

Admiral **Koch**: Es ist nicht meines Amtes, darauf zu antworten.

Vorsitzender **Warmuth**: Eine Annexion Belgiens war in Deutschland ja niemals in Erwägung gezogen!

Abg. Dr. **Cohn**: Annexion im Sinne von Einverleibung gewiß nicht. Aber es gibt verschleierte Annexionen.

Vorsitzender **Warmuth**: Wir wollen von dem Zeugen keine Urteile, sondern Tatsachen hören.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Graf Czernin soll durch seinen Bericht an den Kaiser von Oesterreich die Friedensgeneigtheit Englands zerstört haben. Glaubt der Zeuge nicht, daß England auch ohne diesen Bericht über die Zustände in Oesterreich durch Tausende von Agenten unterrichtet war?

Admiral **Koch**: Das kann ich mir lebhaft vorstellen. Aber ein amtlicher Bericht des Ministers des Aeußern an seinen Kaiser ist mehr wert als tausend Agenten.

Abg. **Gothein**: Schon im Frühjahr 1916 hatte Generalstabschef von Falkenhayn die Ansicht vertreten, daß unsere Verbündeten bestenfalls noch 1916 würden durchhalten können.

Vorsitzender **Warmuth**: Ist die Hoffnung des Admiralstabs auf eine schnelle Wirkung von Einfluß gewesen auf die Bautätigkeit? Sind größere Verbesserungen nicht vorgenommen worden, weil es sich nicht mehr lohnt? (Admiral **Koch**: Nein!) In der „Deutschen Tageszeitung" berichtet eine Firma, daß sie im September 1917 sich mit einer wichtigen Verbesserung für die U-Boote an das Reichsmarineamt gewandt hätte und daß das Amt geantwortet hat, diese Verbesserungen könnten aller Voraussicht nach in diesem Kriege nicht mehr verwertet werden.

von Capelle: Wir wurden mit Erfindungen überschwemmt.

Abg. Dr. **Spahn**: Wann war die U-Bootwaffe technisch so ausgebildet, daß der U-Bootkrieg hätte mit Erfolg begonnen werden können?

Fregattenkapitän **Bartenbach**: Die Eröffnung des U-Bootkrieges im Februar 1915 war wohl etwas zu früh. Ich hätte den 1. oder 15. April für den richtigsten Zeitpunkt gehalten. Wir besaßen damals etwa 30 Boote.

Abg. **Gothein**: Ich beantrage, über die Differenzen zwischen den jetzigen Mitteilungen über Stand und Aussichten der U-Bootwaffe und dem seinerzeit im Hauptausschuß des Reichstages gemachten Angaben den Abg. **Struve** als Zeugen zu hören.

Vorsitzender **Warmuth**: Bestand die Möglichkeit, Ende Januar an die ausgelaufenen U-Boote die Weisung ergehen zu lassen, mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg noch nicht zu beginnen?

Admiral **Koch**: Den Rückrufbefehl zu geben, war technisch natürlich möglich, eine Gewähr aber dafür, daß das Telegramm ankäme, bestand nicht, eine Empfangsbestätigung war ausgeschlossen. Wir wären Gefahr gelaufen, die feindlichen Schiffe heranzulocken und unsere U-Boote zu gefährden. Soweit die U-Boote unter Wasser gedrückt waren, konnten sie funkentelegraphisch nicht erreicht werden. Auch konnte schließlich das Personal versagen oder meteorologische Ursachen hinderlich sein. Die Uebermittlung des Befehls hätte höchstens auf gut Glück erfolgen können. Auch bei dem Gegenbefehl, der seinerzeit in der Frage der holländischen Schiffe gegeben worden war, konnte man nicht alle ausgelaufenen U-Boote erreichen.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Wieviel Zeit stand zur Verfügung, um die Boote funkentelegraphisch zu erreichen? (Admiral **Koch**: Ich schätze sechs bis sieben Tage.) Es waren damals nur 21 Boote nicht im Hafen, in der Zeit vom 29. Januar bis 7. Februar hätte man somit doch wohl alle U-Boote erreichen können.

Admiral **Koch**: Das kann ich nicht wissen. Wenn auch nur ein einziges Boot nicht erreicht worden wäre, so hätte doch von diesem schon mancher Dampfer abgeschossen werden können. Auf einem Boot war der Empfangsapparat überdies nicht in Ordnung. (Abg. **Sinzheimer**: Zufall.) Das hätte auch bei anderen sein können.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Bei einer so ungeheuer wichtigen Frage, die Friedensvermittlung war angenommen, durfte nichts versäumt werden, und man muß doch da den normalen Verlauf der Dinge annehmen.

Admiral **Koch**: Es blieb immer dasselbe Risiko.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Wir haben viel Pech im Kriege gehabt. Konnte für uns nicht auch einmal ein Glückszufall eintreten? (Allgemeines Gelächter.) Tatsächlich ist vom 7. Februar bis Mitte des Monats kein amerikanisches Schiff torpediert worden, das Glück wäre uns also hold gewesen.

Abg. Dr. **Cohn**: Konnte die Marine aus Zeitungsnachrichten oder auf Grund von Vernehmungen aufgebrachter Mannschaften sich ein Urteil über die Ernährungsverhältnisse in England bilden?

Fregattenkapitän **Bartenbach**: Ich habe sämtliche mir zugegangenen Pressnachrichten gelesen und auch die Meldungen der U-Bootkommandanten entgegengenommen. Aus den Meldungen ging hervor, daß die Versorgung der englischen Schiffe immer geringer wurde, daß die Fischerfahrzeuge keine Kartoffel, sondern nur noch Rüben an Bord hatten und daß die Mannschaften über knappe Rationierung klagten.

Abg. Dr. **Cohn**: Haben Sie in den Blättern nicht auch gelesen, daß bei den Lebensmittelauktionen mangels Käufer in England nicht alles abgesetzt werden konnte oder haben Sie nicht die Inserate der Warenhäuser verfolgt, aus denen hervorging, daß England noch genügend Lebensmittel frei verkaufe?

Fregattenkapitän **Bartenbach**: Gesehen habe ich diese Anzeigen, verfolgt habe ich sie nicht.

Abg. Dr. **Sinzheimer**: Konnten die auf Station befindlichen U-Boote nicht die anderen benachrichtigen?

Admiral **Koch**: Das wäre Zufall gewesen.

Konteradmiral **von Bülow**: Es handelte sich nicht darum, daß keine amerikanischen Schiffe versenkt würden, sondern daß kein amerikanischer Bürger verletzt würde oder seinen Tod finde. Das hätte auch auf einem englischen Schiff passieren können.

Abg. Dr. **Schücking**: Ursprünglich waren die Abwehrmittel gegen U-Boote sehr gering. War es nicht ein schwerer politischer Fehler, daß durch das bekannte Interview des Großadmirals Tirpitz die Absicht preisgegeben wurde, daß man durch den U-Bootkrieg England völlig absperren wolle? Mußte dadurch nicht erreicht werden, daß England sich darauf einstellte?

Admiral **Koch**: Vom militärischen Standpunkt aus hätte ich jedenfalls das Interview nicht gegeben, aber so schwer schätze ich den Fall nicht ein. Er war der Hoffnung, daß der U-Bootkrieg baldigst einsetzen würde, er sah diesen Zeitpunkt als nahe gekommen an.

Hierauf wird

Abg. Dr. **Struve** als Zeuge vernommen über die Angaben, die im Hauptausschuß des Reichstages vom Admiralstab und Reichsmarineamt über die U-Bootwaffe gemacht worden sind. Es ist außerordentlich schwer, über den Stand der U-Bootwaffe sich ein klares Bild zu verschaffen. Eine viel zu große Zahl von unsicheren Faktoren spricht da mit. Im März 1916 waren insgesamt 23 U-Boote frontbereit, davon waren 11 in der Nordsee. Auch im Januar 1917 waren es nur 20 Boote. Wir besaßen zwar 152 Boote, aber nur 20 waren frontverwendungsfähig. Das muß man stets in Betracht ziehen. Später waren es von 203 U-Booten 54 Boote. Uns war es verboten, selbst im Hauptausschuß über die Zahl der U-Boote irgendwelche Angaben zu machen. Als der uneingeschränkte U-Bootkrieg beschlossen war, teilte Staatssekretär von Capelle im Hauptausschuß mit, daß wir 160 U-Boote hätten. Er sagte das ohne jeden Zusatz, so daß bei den Abgeordneten der Eindruck entstehen konnte und entstanden ist, daß diese Zahl auch frontverwendungsfähig war. Es waren aber nur 20 U-Boote davon frontbereit, und von diesen 20 arbeiteten nur 5 bis 6 an der Westküste von England. Das ist ein so großer Kontrast, daß Herr v. Capelle auf diesen Punkt hätte aufmerksam machen müssen. Richtig ist, daß die Zahl der frontbereiten U-Boote im Laufe der Jahre 1917 und 1918 auf 36, 43, 47 und noch weiter gestiegen ist. Aber auch diese Zahlen stehen noch im Widerspruch zu den Angaben, die uns im Hauptausschuß des Reichstages gemacht worden sind. Wir haben im Hauptausschuß von Herrn v. Capelle eine außerordentlich scharfe Kritik an der Flottenbaupolitik des Herrn v. Tirpitz gehört. Da aber auch die Zustände unter Herrn v. Capelle sich nicht so entwickelten, wie es notwendig gewesen wäre, schrieben Gothein und ich einen Brief an den Reichskanzler. Um die in diesem Brief enthaltenen Vorwürfe zu entkräften, erklärte Staatssekretär von Capelle, daß wir nunmehr gegen 400 U-Boote hätten. Die Zahl war unrichtig. Selbst unter Einrechnung aller verlorenen U-Boote und der noch nicht erbauten U-Boote sind es niemals 400, sondern höchstens 300 gewesen. Ein Irrtum war es auch, wenn Staatssekretär von Capelle amtlich erklärte, zu Anfang des U-Bootkrieges wären U-Boote serienweise bestellt worden, eine Serie z. B. U C von 1 bis 60. Nähere Untersuchung ergab, daß der Staatssekretär hierbei nicht die tatsächlichen Bestellungen im Auge gehabt hat, sondern Bestellungen, die ihm im Augenblick vielleicht so angenehm gewesen wären wie uns. Wenn man ein richtiges Bild von dem U-Bootbau gewinnen will, darf man sich nicht an die Zahl der U-Boote klammern, sondern muß die Tonnenzahl berechnen, denn wir bauten zuerst U-Boote von 100 bis [illegible]00 t, später Boote mit einem Rauminhalt von über 2000 t. In den 20 Monaten der Amtstätigkeit des Herrn von Tirpitz im Kriege sind durchschnittlich je 4000 t bestellt worden, unter Herrn von Capelle ungefähr 14 000 t im Monat. Das zeigt, daß die erste Kriegszeit nicht voll für den U-Bootbau ausgenutzt worden ist. Vor dem Kriege war es noch schlimmer. So sind im ganzen Jahre 1913 nur drei U-Boote und im Jahre 1914 bis zum 1. August ein einziges U-Boot bestellt worden. Während des ganzen Jahres 1915 sind unter Herrn von Tirpitz 50 000 t bestellt worden, ein Beweis, wie wenig unsere Industrie für den U-Bootbau ausgenutzt worden ist. Wir haben uns wiederholt an den Reichskanzler und an Herrn Wahnschaffe gewandt, es wurde uns aber immer erwidert, daß Mehrbestellungen keinen Zweck hätten, es geschehe schon alles. Das aber war nicht richtig. Die Werften hätten 1917 13[illegible] U-Boote bauen können, bestellt wurden nur [illegible]6. Weser und Vulkan wünschten Nachbestellungen; es wurde abgelehnt. Es wurden sogar Ruhepausen im U-Bootbau angeordnet, damit der Kreuzerbau nicht beeinträchtigt würde. Die Danziger Werft verlangte sogar Aufträge, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Der Zuwachs an U-Booten betrug nicht mehr als 1 % im Monat. Wir haben uns auch an Ludendorff gewandt. In der letzten Besprechung der Parteiführer mit Herrn von Bethmann Hollweg am 1. Juli 1917 hat Herr von Capelle erklärt, 158 U-Boote wären fertig und 150 im Bau. Tatsächlich waren nur 150 Boote im Bau; die anderen wurden erst Ende 1917 begonnen. Später wurde von Kapitän Brüninghaus erklärt, alle Werften wären überfüllt, 479 Boote wären bestellt. Davon waren aber 289 Boote noch nicht einmal im Bau begonnen und sind viel viel später fertig geworden. Man hat nicht einmal alle Werften dem U-Bootbau dienstbar gemacht. Vorwürfe will ich nicht erheben, aber beklagenswerte Irrtümer liegen vor. Herr von Capelle war wenig unterrichtet über die tatsächliche Lage, und so blieb die beste Zeit ungenützt. Hätten Herr von Bethmann Hollweg und der Admiralstab diese Sachlage früher gekannt, der U-Bootbau wäre sicher energischer und emsiger betrieben worden.

Vors. **Warmuth** schlägt vor, jetzt die Verhandlungen abzubrechen, da der Admiralstab wohl die Absicht haben werde, ausführlich auf den Abgeordneten Dr. Struve zu antworten.

von Capelle stimmt zu, bittet aber, ihm noch ein paar kurze Erwiderungen zu gestatten: Der Abg. Struve hat mir zwei Vorwürfe gemacht. Den ersten, daß ich den Haushaltsausschuß nicht hinreichend unterrichtet hätte, und zweitens, daß ich nicht soviel U-Boote gebaut hätte, wie wir in der Lage gewesen wären, zu bauen. Herr von Capelle verliest Teile aus seiner Rede im Haushaltsausschuß vom 22. März. Die Frage war die, wieviel U-Boote dazu gehörten, um die Westküste von England mit drei Stationen zu besetzen. Im ganzen waren dazu 15 U-Boote erforderlich. Es waren 20 verfügbar, die an sich genügten, um die drei Stationen zu besetzen. Der Staatssekretär a. D. behält sich weitere Ausführungen für die nächste Sitzung vor.

Diese findet am Dienstag um 10 Uhr vormittags statt.

Ein Wunsch des Königs von England.

Amsterdam, 7. November. Das Reutersche Bureau meldet aus London, daß der König von England ein Schreiben an alle seine Völker gerichtet hat und sie auffordert, am 11. November um 11 Uhr morgens, der Stunde, in der der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, jede gewohnte Tätigkeit, alle Arbeit, jeden Laut, alle Bewegung, jedes Geschäft und Vergnügen zwei Minuten lang einzustellen, in Erinnerung der großen Befreiung vom Weltgemetzel und zur ehrfurchtsvollen Erinnerung an die ruhmreichen Toten, die dies erreicht haben.

Es verlautet, daß Maßnahmen getroffen worden sind, um alle Züge anzuhalten. Die Polizei wird jeden Verkehr auf der Straße anhalten.

Amsterdam, 7. November. Pressebureau Radio meldet, daß Präsident Wilson eine Proklamation erlassen hat, in der er den 27. November als Danktag festsetzt und erklärt, das Land sehe mit Vertrauen die Morgenröte einer neuen Zeit anbrechen, wo die Nationen für ihre Opfer in einer Welt des Friedens belohnt werden würden.

Folgen der Hungerblockade.

Knochenerweichung und -Brüchigkeit.

Als im Laufe des Sommers 1919 der Medizinalabteilung des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt Mitteilungen über ein gehäuftes Vorkommen von eigenartigen Knochenkrankheiten als Folge der ungenügenden Ernährung bekannt wurden, erhielten die Regierungspräsidenten unter dem 9. August 1919 den Auftrag zu eingehendem Bericht über die einschlägigen Verhältnisse in ihrem Verwaltungsbezirk. Das Wesentlichste aus den Berichten sei hier kurz wiedergegeben:

Seit Herbst 1917 treten unter der Bevölkerung Preußens krankhafte Veränderungen des Knochengerüstes auf, die der englischen Krankheit der Säuglinge und Kleinkinder (Rachitis), sowie der Osteomalacie der Erwachsenen ähneln. Diese Erkrankung nimmt einen Umfang und eine Form an, wie sie bisher in Preußen nie beobachtet worden sind. Knochenverbiegungen, wie sie sonst nur ausnahmsweise bei den schwersten Formen der Rachitis oder der Osteomalacie beobachtet wurden, sind jetzt eine häufige Erscheinung. Knochenbrüche ohne nachweisbare oder kaum erkenntliche Ursache sind keine Seltenheit. Auch werden Altersklassen heimgesucht, bei denen man diese Erkrankungszustände zu sehen nicht gewohnt war. Bis zum Herbst 1918 scheint die Krankheit nur vereinzelt aufgetreten zu sein. Seit dieser Zeit ist sie in mehr oder weniger großem Umfange in allen Regierungsbezirken einschließlich Berlin, jedoch mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande, beobachtet worden.

Zur ätiologischen Klärung der Krankheit trugen die Berichtsfeststellungen nur insofern bei, als aus ihnen mit Bestimmtheit hervorgeht, daß die Krankheit eine unmittelbare Folge der Hungerblockade ist — hervorgerufen durch die der Menge nach verminderte und der Güte nach verschlechterte Hungerkost. Das Hauptkontingent der Kranken stellt die Altersklasse bis einschließlich des fünften Lebensjahres. Völlig verschont bleiben Kinder etwa vom 6. bis zum 14. Lebensjahre. Dagegen findet sich eine sehr starke Beteiligung der Jugendlichen vom 14. bis 19. Lebensjahr. Fälle, in denen junge Leute plötzlich auf der Straße ohne jede Ursache mit einem Bruch in der unteren Epiphysengegend des Oberschenkels zusammengebrochen sind, werden öfters berichtet. Die dritte Gruppe umfaßt alle diejenigen Erkrankungen, die unter dem Bilde der bekannten Osteomalacie (Knochenerweichung) verlaufen und Personen jenseits des 35. Lebensjahres befallen. Beobachtenswert ist auch der Fall eines 62jährigen Lokomotivführers aus Paderborn, der körperlich sehr heruntergekommen war. Er fiel auf ebener Erde und brach den Oberschenkel. Nach Heilung brach er auf dieselbe Weise den anderen Oberschenkel und einige Tage später im Bett einen Oberarm.

Die Berichte der Regierungspräsidenten beziehen sich nur auf eine neue Erscheinungsform des Hungerschadens. Es ist überflüssig, daneben noch einmal alle die schon bekannten anderen Krankheiten aufzuzählen, die, als Folgen der Hungerblockade, Siechtum und Tod in hunderttausenden von Fällen über unser Volk gebracht haben.

Normale Beziehungen mit Uruguay. Laut Pressebureau Radio hat die Regierung von Uruguay bekanntgegeben, daß die Beziehungen zu Deutschland am 23. Oktober wieder aufgenommen wurden.

Verner von Heidenstam.

Von

Dr. Werner Mahrholz.

Der historische Roman ist ursprünglich ein Erzeugnis der europäischen Romantik und ging wie diese allmählich dazu über, ein Werkzeug der Restauration zu werden, indem er die feudalistischen Instinkte erweckte und pflegte und die Vorzeit vergoldete und sentimentalisch-heroisch färbte. Das ist der Zustand und Grundtrieb bei Walter Scott und seiner Schule. Das 19. Jahrhundert räumte mit dem Feudalismus gründlich auf, und die Revolution, in der wir leben, beseitigte mit den letzten Resten seiner Wirklichkeit auch die Ideologie des romantischen Historismus. Trotzdem lebt heut in ganz Europa ein neuer romantischer Geist auf, und mit ihm entsteht ein neuer historischer Roman. In ihm vollzieht sich etwas ganz anderes als in jener ersten romantischen Bewegung zum Historischen hin; in ihm sucht der realistische Sinn des 19. Jahrhunderts dem Gewesenen gerecht zu werden, indem er seine Licht- wie seine Schattenseiten aufzeigt und darstellt, und in ihm protestiert zugleich der Geist der Menschlichkeit gegen die mechanisierende, verflachende Bürgerlichkeit der kapitalistischen Epoche. Dieser Geist der Gerechtigkeit gegen das Gewesene und der Protest gegen die moderne Nivellierung alles Menschlichen verbindet sich dabei mit dem Bestreben, dem eigenen Volke seine Geschichte ungeschminkt und wahr, dabei doch emporhebend und anfeuernd zu Großem darzustellen. Niemand ist für diese eigentümliche Verbindung nationalen Stolzes und nationaler Selbsterkenntnis bezeichnender als Verner von Heidenstam. Die Schweden haben das große Glück, daß ein bedeutender Dichter ihnen, mit der ganzen Liebe und Heldenverehrung eines Künstlers und dabei doch mit der ganzen Wahrheitsliebe und Selbsterkenntnis eines Gelehrten, die Geschichte ihrer eigenen Seele erzählt hat.

Verner von Heidenstam wurzelt ursprünglich — sein Roman Hans Alienus (wie alle Werke Heidenstams bei Langen in München erschienen) zeigt das ganz deutlich — in der neuromantischen Bewegung, deren Sinn war, zu einem Teile wenigstens, die Neubelebung der Vergangenheit, indem sie die Ergebnisse der modernen naturalistischen Psychologie und Wirklichkeitsbeobachtung auf die Dinge und Geschehnisse der Vorzeit anwandte. Die Neuromantik hängt insofern aufs engste mit dem Naturalismus zusammen, als sie dessen Methoden der psychologischen Durchleuchtung und der Detailbeschreibung beibehält, und sie scheidet sich von ihm dadurch, daß sie die naturalistische Methode auf neue Gegenstände, auf heroische Stoffe anzuwenden sucht und sowohl bewunderte Mystik im dichterischen Schaffen wie die poetische Wahrheit wieder aufrichtet. Diese Vermählung von ganz verschiedenartigen Elementen ist Werner von Heidenstam dadurch vor allem gelungen, daß er seine Sehnsucht nach großem Gehalt in den Gestalten und Vorgängen seiner heimischen Geschichte gestillt fand: so blieb er im Nahen und konnte, indem er schwedische Menschen der Vergangenheit schilderte, ohne Zwang sein modernes Menschen- und Schwedentum einfließen lassen, denn auch die vergangenen Helden und Zeiten waren ja Blut von seinem Blute. Man erkennt die innerlichen Vorzüge seiner Stoffwahl für die dichterische Bewältigung des Stoffes am deutlichsten, wenn man die auf dem gleichen geistigen Boden gewachsenen Werke eines deutschen Neuromantikers, etwa Hofmannthals, daneben hält: Elektra, Salome — wie ist da alles fremd und fern und mit moderner Psychologie im Grunde nicht zu beleben. Erst in Kolbenheyers Versuch einer deutschen Seelengeschichte in seinen Paracelsus- und Jakob-Böhme-Romanen taucht in Deutschland etwas auf, was mit Heidenstam wenigstens im Wollen verglichen werden kann.

Heidenstams romantisches Grunderlebnis von der Enge, Flachheit und Dürftigkeit der bürgerlichen und zivilisierten Welt, in der wir zu leben gezwungen sind, ist in dem merkwürdigen und seltsam formlosen Bekenntnisroman „Hans Alienus" niedergelegt. Der Sinn dieses Stückes, in dem gewiß viel von der inneren Selbstbiographie des Dichters zu finden ist, scheint der zu sein, daß der Held, getrieben von Ekel vor moderner Flachheit und von Sehnsucht nach vergangenem Heroentum, alle Länder und Zeiten durchstreift, um endlich in der Heimat schiffbrüchig zu landen und am Herzen des Vaters aufzutauen. Der Umweg durch die Welt zu sich selber — das ist das Thema dieses, wie mir scheint, Jugendtriebes von Heidenstam, und bei sich selber ist er dann fernerhin auch geblieben. Der Dichter der schwedischen Geschichte zu sein, das wird der Ruhmestitel Heidenstams sein und bleiben. Das macht: die Geschichte seines Volks liefert ihm den Stoff zu dichterischer Gestaltung — diese selbst ist sein Verdienst.

Man darf nun bei Leibe nicht an irgendwelche „patriotische" Dichtung denken, die zur Verherrlichung einer Dynastie oder zur Sicherung feudal-aristokratischer Mächte geschrieben sei. Schon die Titel — mehr noch die Ausführung zeigen, worauf es Heidenstam ankommt: „Karl der Zwölfte und seine Krieger"; „Die Schweden und ihre Häuptlinge" — das sind die Titel dieser wichtigsten Werke. Eine Geschichte des Volkes also schwebt ihm vor — und so treten in seinen Werken dann ebenso gut die einfachen Soldaten, Bürger, Bauern, Stadträte und ihre Frauen wie die adligen Generale, Offiziere und Staatsräte wie die Könige selber auf. Durch alle Schichten des Volkes hindurch sucht der Dichter in jeder geschichtlichen Lage, in jeder Schicksalswende Schwedens diesen Durchschnitt zu geben. Seine Technik dabei ist diese: er beleuchtet in Anekdoten und Novellen das einzelne Ereignis oder eine [illegible] Persönlichkeit und durch die Aneinanderreihung [illegible] ins Bewußtsein der Leser. Virtuos übt er diese Kunst der Mosaikkomposition in seinem „Karl der Zwölfte und seine Krieger". Die wenigsten dieser Geschichten handeln geradezu von Karl; aber in jeder Szene ist der König der geheime Mittelpunkt, auf den sich alles bezieht und durch den alles Bedeutung und Zusammenhang bekommt. Wie in einem Brennspiegel laufen in ihm alle die vielfachen Strahlen zusammen: in Liebe und Haß treten die Vertreter aller Stände zu ihm, dem Helden, trotz allem Unglück, das er ihr Schweden gebracht hat. Da wird nichts verstärkt und verschwiegen; alles Elend des Landes, alle Brutalität des Königs wird mit rücksichtsloser Wahrheitsliebe gezeigt — und wie trotzdem dieser dämonische Mensch Karl sich bis an seinem Tod behauptet und alles Widerstrebende in diesen Bann zieht allein durch die Macht und Reinheit seiner Persönlichkeit, das ist ein Triumph für den Helden, besser noch: für das Heldische, wie es stärker und wirkungsvoller nicht gedacht werden kann. Mit dieser geschichtlichen Epopöe wird Heidenstam in die Weltliteratur eingehen, nicht um der Stoffe, sondern um der reichen Menschlichkeit willen, die der Dichter aus dem Staub der Urkunden beschworen hat. In diesem Werk leuchtet auch der Sinn seiner Romantik — als einer Absage an das menschenzerstörende, weil menschennivellierende moderne Zeitalter auf, wie sonst nicht leicht, und es wird der Abstand von dem historischen Roman der alten Romantik, von Walter Scott, überaus deutlich. Da fragt einmal ein Holsteiner, der als Söldner mit Karl dem Zwölften gezogen ist: „Ist er ein homme d'état? Oh Gott! Keinen Sinn für das Allgemeine! Ist er Feldherr? Keinen Sinn für die Massen! Nur Brücken schlagen, Schanzkörbe stellen, in die Hände klatschen wegen einer eroberten Standarte und zweier Pauken. Keinen Sinn für Staat und Armee, nur für Menschen!" „Dafür kann man auch Sinn haben!" antwortete der Fähnrich.

Man spürt hier: nicht das Kostüm ist es, was Heidenstam zur Darstellung der Geschichte zieht, sondern die reiche und volle Menschlichkeit vergangener Jahrhunderte fesselt ihn. Das ist das Gegenteil von Scotts Historismus, bei dem die Menschen vielfach Klischee, das Kostüm aber alles ist. Man begreift von hier aus auch, weshalb Heidenstam nicht zu idealisieren, zu verschönern, heroisch zu färben braucht: das Menschliche in allen seinen Aeußerungen gerade unter und hinter dem Kostüm vergangener Zeiten ist ihm wichtig, und deshalb kann er es nehmen, wie es ist, mit allen seinen guten und schlechten Seiten, seiner Größe und seiner Kleinheit.

Schwieriger als die Darstellung aus der uns immerhin naheliegenden Zeit des Barock ist die Schilderung und Belebung des frühen Mittelalters. Auch an ihr hat sich Heidenstam versucht: seine Erzählung „Folke Filbyter" stellt uns mitten in die Zeit des Kampfes zwischen Heidentum und Christentum [illegible] zwingen weiß. Aber es bleibt doch irgendwie eine ferne Welt, vielleicht eben auch deshalb, weil wir Deutschen uns weiter von der gemeinsamen germanischen Urtradition entfernt haben als die Schweden. Genug: der Dichter vermeidet auch hier die Fehler der Dekorationsromantik, indem er von menschlichen Konflikten und Charakteren ausgeht, aber die Dekoration muß dort, bei der zeitlichen Entfernung des Stoffes, stärker betont werden, als dies bei dem näherliegenden Stoffe der Karls-Geschichte notwendig war, um überhaupt die menschlichen Konflikte zu ermöglichen. Das schwächt nun wieder die unmittelbare Anschaulichkeit und Begreiflichkeit, und so scheint mir dieser Roman für uns schwerer zugänglich zu sein. Als ein Volksbuch in des Wortes edelster und schönster Bedeutung ist das merkwürdige Werk „Die Schweden und ihre Häuptlinge" gedacht, und ich möchte vermuten, daß es in Schweden auch wirklich ein Volksbuch ist oder werden wird. Der Dichter versucht hier, die Geschichte seines Volkes von den Urzeiten bis zur Gegenwart zu erzählen, indem er mit leichter Hand den geschichtlichen Rahmen zeichnet und da hinein eine einzelne Szene mit reichbelebter Menschlichkeit aus jedem wichtigen Abschnitt schwedischer Geschichte malt. Zuerst sind es mehr graue Sagen, allmählich tauchen geschichtliche Persönlichkeiten auf, die sich auf dem flammendroten, blutigen Hintergrunde einer furchtbaren Kampfzeit abheben. Im zweiten Bande beginnt dann das Drama der schwedischen Großmacht: die Geschichte Gustav Wasas und seiner Söhne, die Heldenfahrt Gustav Adolfs, der Aufstieg zur Großmacht, die Reihe der Karoliner, die Abenteuer Karls des Zwölften und der Untergang der schwedischen Großmacht — und dann die Idylle seit dem Tode Karls des Zwölften. Das Buch ist außerordentlich einheitlich, ein großer Zug geht durch das Ganze und man fühlt: hier wird ein Dichter zum Mund eines Volkes. Bedenkt man, daß uns schließlich die schwedische Geschichte fremd ist, daß unzählige Anspielungen und Anklänge uns nicht berühren, so muß man die Leistung Heidenstams doppelt bewundern: er begeistert uns für Schweden und seine Geschichte, indem er sie zu einem Epos von dramatischem Zuge gestaltet, und man spürt hier, was ein Dichter vermag.

Der historische Roman hat in ganz Europa eine Gegenwart, mehr noch eine Zukunft. Ueberall, in Deutschland, England, Frankreich ist unter dem Einfluß der Neuromantik und des Naturalismus ein neuer historisch-realistischer Roman erwachsen. Was ihm aber überall fehlt, ist der enge Zusammenhang mit dem Volkstum als solchem. „Das Beste an der Geschichte ist der Enthusiasmus, den sie erweckt." — Dies Wort ist von einem Deutschen gesprochen worden, und man fragt sich, ob die deutsche Dichtung hier nicht einen Weg für die Zukunft finden kann, einen Weg, den Heidenstam für Schweden mit einer bewundernswerten Konsequenz und Sachlichkeit gegangen ist und auf dem er zu dem geworden ist, was ein Dichter eigentlich sein soll: Mund des Volkes und Deuter seines Geschickes.

Die Sozialisierung der Wasserkräfte.

Preußische Landesversammlung.

75. Sitzung vom Freitag, den 7. November 1919, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstische: Kommissare.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Dr. **Faßbender** (Zentr.) nimmt Bezug auf einen Beschluß der Stadtverordneten von Berlin-Oberschöneweide, die dortige katholische Schule in eine Simultanschule umzuwandeln, während die dortigen evangelischen Schulen vorerst als solche noch bestehen bleiben sollen und fragt an, was die Regierung gegen diesen offenbaren Bruch der Reichsverfassung, der zugleich die preußische Schulgesetzgebung nichtachte, zu tun gedenke.

Ein **Vertreter des Regierung:** Der Beschluß geht dahin, die katholischen Volksschulen in Oberschöneweide aufzuheben und die evangelischen Schulen in Simultanschulen umzuwandeln. Das steht im Widerspruch mit dem preußischen Volksschulunterhaltungsgesetz, das nach der Reichsverfassung bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes auch weiterhin gilt. Die erforderliche Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde, die bisher noch nicht nachgesucht ist, wird daher versagt werden müssen.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. Soz.) (zur Geschäftsordnung): Diese Frage ist bereits am 23. September eingereicht worden, wir haben also sechs Wochen auf die Antwort warten müssen.

Präsident **Leinert**: Wir können nicht immer, die kleinen Anfragen durch Beantwortung zu drücken. Ich habe der Regierung erst eine Frist von zehn Tagen gestellt, es war aber nicht immer möglich, sie innezuhalten. Darum wurde die Frist auf 14 Tage erweitert, aber auch innerhalb dieser Frist konnte die Regierung nicht immer die Beantwortung herbeiführen, da oft Nachfragen nötig sind.

Abg. **Ad. Hoffmann** (U. Soz.): Die Anfrage, die eben erledigt ist, hat sechs Wochen Zeit gehabt. Trotz der schiefen Verkehrsverhältnisse hätte doch Oberschöneweide schneller zu erreichen sein.

Abg. **Maik** (Zentr.) fragt: Zur Beruhigung weiter Kreise der ostpreußischen Bevölkerung würde es dienen, wenn 1) sichergestellt, ostpreußischen unter Genehmigung von staatlichen Zuschüssen, dafür gesorgt wird, daß diejenigen Familien, deren Ernährer im Verfolg des ostpreußischen Aufstandes über die Grenze nach Polen geflüchtet sind, soweit sie sich in Not befinden, in anderweiter Weise unterstützt werden, 2) der gewerbsmäßige Schleichhandel und der wucherische Ketzenhandel, der in Oberschlesien in besonderer Blüte steht, schärfer als bisher mit allen Mitteln der Gesetzgebung bekämpft wird. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung nach diesen beiden Richtungen hin ergriffen und was gedenkt sie zu tun?

Ein **Regierungsvertreter**: Dem Regierungspräsidenten in Oppeln sind Staatsmittel zur Unterstützung der betreffenden Notleidenden überwiesen worden. Weitere Mittel werden, wenn sie gewünscht werden, zur Verfügung gestellt werden. Mit der Verteilung sind die Landräte betraut worden. Der Regierung ist bekannt, daß infolge der besonderen Verhältnisse in Oberschlesien der gewerbsmäßige Schleich- und Ketzenhandel einen großen Umfang angenommen hat. Bei den Polizeidirektionen in Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz und Königshütte sind besondere Wucherdezernate eingerichtet, die in Verbindung mit den Landespolizeiamt in Berlin gegen Schleichhandel bekämpfen sollen. Außerdem ist beabsichtigt, in Oppeln eine Schleichhandelszentrale einzurichten, um alle Bestrebungen gegen den Schleichhandel zu organisieren.

Eine Anfrage des Abg. **Wittrock** (Dem.) betrifft die Verkümmerung des Volksschulunterrichts in Nordschleswig. Durch die Verlautbarung von 70 bis 80 Lehrern und Lehrerinnen Nordschleswigs auf ein bis drei Monate zur Teilnahme an einem dänischen Unterrichtskursus in Kopenhagen, sei deutschen Kindern in deutschen Schulen der seitherige lehrplanmäßige Unterricht ganz oder teilweise für längere Zeit entzogen.

Aus der Erwiderung des **Regierungsvertreters** geht hervor, daß die Regierung sich bei der Verlautbarung von der Erwägung hat leiten lassen, daß diese Lehrer bereit sind, auch für den Fall der Abtretung in Nordschleswig zu verbleiben. Aber auch für den Fall, daß Nordschleswig deutsch bleibt, sollte einer größeren Anzahl von Lehrern Gelegenheit geboten werden, sich in der Kenntnis der dänischen Sprache zu vervollkommnen. Angesichts der Beunruhigung des Unterrichts sei eine Verlegung des Urlaubs ausgeschlossen gewesen. Die Herbstferien in den Urlaub fallen, würden die Lehrer nur zwei Wochen dem Unterricht entgehen sein.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. Soz.) kommt in einer Anfrage vom 2. Oktober auf die Auflösung rein gewerkschaftlicher Versammlungen zurück, die am 30. September in ganz willkürlicher Weise und entgegen einer ausdrücklichen früheren Zusage der Regierung durch Militär erfolgt sei.

Der **Regierungsvertreter** gibt die Erklärung ab, daß auch in diesem Falle ein Einschreiten gegen Gewerkschaftsversammlungen nicht beabsichtigt gewesen ist, daß ein bedauerlicher Irrtum vorgelegen hat, sowie daß gegen eine Wiederholung Verfügungen getroffen sind.

Eine kleine Anfrage des Abg. **Jurenfowsky** (D. Nat.) betagt: Auf der staatlichen Domäne Dahlem sitzen drei Arbeiterräte, die auch der Regierungshauptkasse in Potsdam mit je 20 Mark für den Tag bezahlt werden. Die Gemeinde Dahlem hat sich bereits an die Regierung wegen Beseitigung dieser Arbeiterräte gewandt, ist aber abschlägig beschieden worden.

Durch den **Regierungsvertreter** wird die Anfrage dahin beantwortet, daß für die Arbeiterräte in Dahlem vom 27. Dezember 1918 bis zum 1. Oktober 1919 7961 Mark verausgabt worden sind. Die Einverleibungsfrage betrage zurzeit 9250; bei weiterer Zunahme solle der Gutsbezirk in eine selbständige Gemeinde umgewandelt werden.

Abg. v. **Kessel** (D. Nat.) beantragt folgende Anfrage:

Der Minister des Innern hat dem Landrat von Engelmann, der seit 24 Jahren das Landratsamt des Kreises Wohlau unter allgemeiner Anerkennung seiner Kreisangelegenheiten verwaltet hat, durch ein Telegramm mitgeteilt, daß er durch Erlaß vom 11. d. M. mit der gesetzlichen Pension in den Ruhestand versetzt sei". Ein Wort des Dankes und der Anerkennung ist nicht hinzugefügt. Wie gedenkt der Herr Minister eine derartig rücksichtslose Behandlung eines verdienten Beamten, welche auch bei politisch Andersdenkenden weit über dessen Wirkungskreis hinaus die größte Empörung hervorgerufen hat, zu rechtfertigen? (Die Verlesung dieser Anfrage wird von den U. Soz. mit Lachen begleitet.)

Ein **Regierungsvertreter** erklärt: Der Landrat v. Engelmann hat seit längerer Zeit gegen die Regierung eine Oppositionsstellung eingenommen. (Hört, hört links.) Er hat sich unter anderem der gesetzlich vorgeschriebenen Zwangsablieferung von Milch und Butter widersetzt. (Hört, hört links.) Gesetzesstrafen trifft in einzelnen Gemeinden die Einstellung der Zwangslieferung derart um sich, daß die Entsendung von Milchkontrollbeamten nötig wurde, um die Gemeinden zu ihrer Milchlieferungspflicht zurückzubringen. Weiter hat der Landrat v. Engelmann die Freigabe von rationierten Lebensmitteln verfügt und diese unstatthafte Maßnahme im Kreisblatt veröffentlicht. Wegen dieser, die allgemeinen Ernährungsinteressen schwerschädigenden Maßnahmen, ist er seines Amtes enthoben worden. Ehrenhafter Abschied bei den (Soz. und U. Soz. — Zuruf: Und für den wird noch Dank und Anerkennung verlangt!)

Abg. **Dietrich** (Zentr.) wünscht die Aufhebung zweier Ministerialerlasse von 1853 und 1880, die nach seiner Auffassung in unzulässiger Weise die gesetzliche Bestimmung der hinterlegten Städteordnungen, wonach die Aufsicht des Staates lediglich von der Staatsregierung auszuüben ist, für die Städte unter 10 000 Einwohnern beschränken.

Die Regierung läßt erwidern, daß nach oberverwaltungsgerichtlichen Erkenntnissen die Rechtswirksamkeit dieser Erlasse ausdrücklich anerkannt worden ist. Die Grundlagen der Kommunalaufsicht würden gesetzlich neu geregelt werden.

Auf eine Anfrage der deutsch-hannoverschen Abgeordneten, die die Wiederzulassung der im Kreise Uslar befindlichen staatlichen Forstlager vorsehen, geht ein Regierungsvertreter dahin Auskunft, daß diese Lager in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts allerdings herabgewirkte aufgehoben worden seien, weil der Betrieb lohnend war. Gegenwärtig würde die Wiedereröffnung sehr wenig aussichtsvoll sein, sie würde umfangreiche Neubauten notwendig machen und ein Anlagekapital von mehreren Millionen erfordern.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs zur Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. Soz.): Ich beziehe mich auf die Ausschußbeschlüsse aller Fraktionen, daß die Bebauungspläne des Kolleren Heilmann unrichtig sind. Auch der Vertreter der Deutschnationalen hat so bereits die falsche Darstellung des Kollegen Heilmann erwähnt. Im übrigen appelliere ich an die Gemeinschaft der anständigen Leute hier in diesem Hause.

Präsident: Wenn Sie sagen, es bestehe eine Gemeinschaft der anständigen Leute in diesem Hause, so würde das bedeuten, daß ein Teil, der nicht zu dieser Gemeinschaft gehört, unanständig wäre. Ich frage Sie, ob diese Schlußfolgerung, die mit der Ordnung des Hauses nicht im Einklang steht, zutreffend sein soll.

Abg. Dr. **Rosenfeld**: Herr Präsident, die Schlußfolgerung zu ziehen überlasse ich Ihnen.

Präsident: Ich nehme also an, daß Sie sagen wollten, ein Teil der Abgeordneten gehöre nicht zu den anständigen Leuten. Ich rufe Sie hierfür zur Ordnung.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (fortfahrend): Für Gasbeleuchtungsbedürfnisse gibt das jetzige provisorische Regierung kein Gas, obgleich Mehrheitssozialisten in der Regierung sitzen. Wir sind selbstverständlich für eine Kommunalisierung der Wasserwerke und wollen ebenfalls nicht, daß die Kapitalisten sich am Wasser bereichern. Wir wünschen einen verstärkten Einfluß der Arbeiterschaft im Aufsichtsrat der Wasserwerke. Wenn das schon früher der Fall gewesen wäre, wäre eine Gefährdung der Grundwasser infolge Absenkung des Wasserspiegels, wie sie vor einiger Zeit drohte, unmöglich gewesen. Wir werden also für den Entwurf stimmen, obgleich wir eine Abänderung unserer Sozialisierungsbestrebungen von der letzten Beratung haben wir nur den einen Antrag auf eine bessere Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat gestellt. Dabei wir keinen Erfolg, so sieht die Arbeiterschaft, daß von der Mehrheit dieses Hauses nichts zu erwarten ist. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Leidig** (D. Vp.):

In die homerischen Kämpfe zwischen Dr. Rosenfeld und Heilmann möchte ich mich nicht hineinmischen, erkläre aber, daß auch nach meinen Beobachtungen Herr Dr. Rosenfeld in den Ausschüssen objektiv gehandelt hat, mit der Absicht, sie zu fördern. (Hört, hört links.) Wir halten die Gemeinschaft, daß die Gemeinden derartige Betriebe, wie Straßenbahnen, Hochbahnen, Wasser- und Elektrizitätswerke in eigene Verwaltung nehmen, wo es schon vielfach geschehen ist, für durchaus richtig und gesund. Es gibt schon eine ganze Reihe kommunaler Wasserwerke. Warum gibt man nicht ein Gesetz, welches die Grundsätze für die Kommunalisierung von privaten Wasserwerken für Preußen feststellt? Wir betrachten das Gesetz, wie es aus dem Ausschuß herausgekommen ist, als mit der Gleichberechtigung im Widerspruch stehend. Das richtigste wäre gewesen, wenn die preußische Staatsregierung anerkannt hätte, daß in der Vorlage eine Verleihung der Reichsverfassung liegt, das Gesetz zurückgezogen und das Kommunalisierungsgesetz abgewartet hätte, das schon im Dezember der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Auch materiell meinen wir, daß es unerhört ist, den Reichsratsfall in der Feststellung des Wertes des Unternehmens auszuschließen. Die Bestimmung des § 12 über die Beteiligung der Angestellten und Arbeiter im Aufsichtsrat geht zu lebhaften Bedenken Anlaß. Wir haben auch schon in der Nationalversammlung auf das stärkste gegen die Einführung einer derartigen Bestimmung in das Betriebsrätegesetz ausgesprochen. Gegen den Antrag Heilmann, der dieses Gesetz mit der Reichsverfassung in Uebereinstimmung bringen will, haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden. Damit können unsere grundsätzlichen Bedenken gegen die Vorlage nicht beseitigt werden. Wir werden trotzdem für den Antrag Heilmann stimmen, aber wir die Absicht des Gesetzes, eine Entschädigung für die Kommunalisierung zu verhindern. Der Kollege Heilmann hat sich nicht als ein eingeschworener Verehrer der Aktien, sondern nach dem wirklichen Werte derselben zu erkennen gegeben. Wir haben auch wenig der Antrag Friedberg angenommen wird, bleibt für uns bestehen, daß nur ein einheitliches Werk für die Sozialisierung herausgegriffen wird, und wir werden in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Kassel** (Dem.):

Wenn auch die Kommunalisierung auf Grund generellen Gesetzes erfolgen müßte, so kann doch ein Bedürfnis sein, ein einzelnes Unternehmen zu kommunalisieren. Das ist hier bei den Wasserwerken der Fall. Allerdings hätten wir gewünscht, daß diese Kommunalisierung gleichzeitig mit dem Schwesterunternehmen Gas Berlin gemacht würde. Wir können für den Antrag Heilmann nicht stimmen. Von dem Gedanken des Rechtsstaats aus, den wir schon bei der Reichsverfassung betont haben, darf das Eigentum nicht enteignet werden. Nach Art. 153 der Reichsverfassung wird das Eigentum durch die Verfassung gewährleistet. Wenn es aber enteignet wird, so ist nach der Reichsverfassung dafür eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Der Kurswert ist nicht als ein angemessener Wert anzusehen, da dadurch auch wenn der Antrag Friedberg angenommen wird, bleibt für uns bestehen, daß nur ein einzelnes Werk für die Sozialisierung herausgegriffen wird, und wir werden in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz stimmen. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär **Fremd**:

Die Regierung hat diesen Einwand in Gestalt eines Gesetzentwurfs der Verfassung der Landesversammlung unterbreitet, weil es sich hier um einen besonders krassen Fall handelt, in dem es selbst die Sozialisierung zu treiben drängt. Wenn das Gesetz nicht zustande kommt, daß die Lieferung von Trink- und Wirtschaftswasser namentlich in einer Großstadt, insbesondere in der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung nicht, auch nicht zum Teil in den Händen einer Privatgesellschaft liegen darf wie die Absicht des Gesetzentwurfs und Reede spielt. Aus dem Trinkwasser einer Stadt daß man kein Geld gewinnen. Hier muß die Allgemeinheit zu ihrem Rechte kommen, und das geschieht, indem die Stadtvertretungen den Wasserpreis festsetzen. In der Gesetzgebung der ganzen Welt sehen wir überall die Sozialisierung der Wasserwerke im Fortschreiten begriffen, so in England, so selbst in Amerika, trotzdem dort in der Volkswirtschaft ein ausgesprochener Individualismus herrscht wie. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Lieferung des Wassers unbedingt in die Hand der Gemeinden, die Kontrolle in die Stadtverordnetenversammlungen zu legen ist. Herr Dr. Rosenfeld wird auch diesen meinen Worten entnehmen, daß der Regierung als ob es der Regierung bei der Vorlage nicht ernst sei, nicht beruhigt ist. — der Unterstaatssekretär legt dann unter polemischen Ausführungen gegen den Abgeordneten Dr. Leidig dar, daß von einer Fürsichtigung der Vorlage durch die Regierung nicht die Rede sein könne.

Abg. **Brust** (Zentr.):

Daß wir ein Interesse an der Verstaatlichung der Vorlage hätten, muß ich entschieden zurückweisen. Wir stehen der Kommunalisierung der gemeindeeigenen wirtschaftlichen Betriebe geschlossen sympathisch gegenüber. Ebenso geschlossen wünschen wir, daß demgemäß die bisher im Besitze befindliche eine angemessene Entschädigung gegeben werden soll, wie es auch die Reichsverfassung bestimmt. Bei der Feststellung dieser angemessenen Entschädigung wollen wir Spekulationswerte aufgeschaltet wissen. Ebenso geschlossen wie die Stellung der Zentrumspartei zur in der Frage, ob der ordentliche Reichsweg nach dem Verschlag der Regierung nur so aufgestellt werden soll, der Reichsweg in der Regel offen zu machen, ein anderer greifer Teil hält mit mir ein Schiedsgericht für notwendig, indem sie sich nicht sachverständig genug fühlen, hierüber zu entscheiden. Nun ist unmöglich die Reichsverfassung in Kraft getreten, wenn die Reichsverfassung einen Sinn haben soll, kann sie nur so aufgefaßt werden daß der Reichsweg in der Regel offen zu machen ist. Um so bedenklicher erscheint es uns, daß man selbst beim ersten Falle einer Kommunalisierung diese Regel durchbrechen werden soll. Da bei der heutigen Parteikonstellation eine Regelung in meinem Sinne ausgeschlossen erscheint, wollen wir die Aufstellung der entgegengesetzten Regel für die Zukunft verhindern. Das kommende Reichsgesetz obwarten. Deshalb auch unser heftiger Vertagungsantrag. Nach dessen Ablehnung werden wir heute gezwungen sein, gegen die ganze Vorlage stimmen. Der Antrag Heilmann erscheint uns auf offensichtliche Irrtümer aufgebaut. Wir können uns nicht dazu bekennen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Das schroffe Auftreten Dr. Rosenfelds nötigt mich zu einigen Aufklärungen. Den von mir vorgebrachten Tatbestand hat er durch nichts widerlegen können. Herrn Leidig erwidere ich, daß man sein Verhalten dem Gesetze gegenüber dem Sinne nach mit Obstruktion bezeichnet. Es gibt doch verschiedenartige Gesetze, die sachgemäßen Sinn als das Gesetz dem Reichsrate und der Nationalversammlung zur Prüfung zu unterbreiten, und die Nationalversammlung ist doch die berufene Hüterin der Reichsverfassung. Wir wollen so nicht mehr, als die Nationalversammlung zur Stellungnahme auffordern. Es besteht im übrigen ein unüberbrückbarer Widerspruch in den Verhalten des Zentrums heute und in der Kommission. Ich möchte Herrn Brust zurufen: Kehre zurück, es ist alles vergessen! (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Rosenfeld**: Der Abg. Heilmann macht nochmals den Versuch, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen mir und meinen Fraktionsfreunden. Ich wiederhole, daß ist absolut unrichtig.

Abg. Dr. **Leidig**: Der Unterstaatssekretär meinte, es hätten Verhandlungen stattgefunden mit dem Charlottenburger Wasserwerke. Diese hätten sich aber zerschlagen. Es muß nach unserer Ansicht ein unparteiischer Gutachter über den Wert des Unternehmens eingeholt werden und demenksprechend die Höhe der Entschädigung festgestellt werden. Im übrigen hat sich die Stellungnahme meiner Fraktion zu dem Gesetzentwurf in nichts geändert.

Abg. **Loeser**: Nach unserer Ansicht liegt hier ein Ausnahmegesetz vor, das im Widerspruch zu der Verfassung steht.

In der Abstimmung werden die §§ 1—3, die die formalen Bestimmungen über die Enteignungsermächtigung enthalten, angenommen. Alle übrigen Teile der Vorlage mit den dazu gestellten Anträgen werden abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung wird mit Heiterkeit aufgenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung, die dritte Beratung über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände wird auf Antrag des Abg. Beyer-Oberlistingen (Zentr.) bis Montag von der Tagesordnung abgesetzt, um hinsichtlich des Beschlußrechts noch eine gemeinsame Plattform zu finden. Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs auf Vertagung der Ruhrdauer der Mitglieder der Handelskammern. Die Vorlage sieht eine Verlängerung der Mandate bis längstens 31. Dezember 1920 vor.

Abg. **Menzel-Halle** (U. Soz.): Die Vorlage hätte eine frühere Vornahme der Wahlen bestimmen sollen, und zwar mit der Erweiterung, daß neben den Arbeitgebern auch den Arbeitnehmern eine Vertretung in den Kammern gewährt werde. In der Kommission sind wir bereits eingetreten, die Vorlage in längstens einem Monat zu verabschieden, in diesem Falle wären wir also für eine Eilbedürftigkeit gewesen. Gegen diesen Verfahren wurde aber Sturm gelaufen. Eine Verlängerung der Amtsdauer bedeutet eine Verschlechterung des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens.

Minister für Handel und Gewerbe Fischbeck:

Das Reich steht gemäß § 165 der Reichsverfassung vor einer Neuorganisation der wirtschaftlichen Interessenvertretung. In diesen Tagen sind die Grundzüge für einen provisorischen Reichswirtschaftsrat veröffentlicht worden. Gegen diesen Entwurf sind in den weitesten Kreisen Verstellungen erhoben worden. Da wir uns danach richten müssen, was das Reich beschließt, sind wir mit dem Gesetzentwurf noch nicht vor die Oeffentlichkeit getreten. Die Angestellten selbst haben seinerzeit lebhaften Widerspruch gegen ihre Vertretung in den Handelskammern erhoben, da sie in den Angestelltenkammern ihre Vertretung haben wollten. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in allernächster Zeit Ihnen einen Entwurf zur Neuregelung des Handelskammerwesens vorzulegen, und daß er noch in dieser Legislaturperiode erledigt werden kann.

Abg. **Lüdemann** (Soz.): Die Handelskammern in ihrer heutigen Form sind unfähig, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen und um Widerstandskraft unseres Wirtschaftslebens gegenüber Angriffen zu stärken. Unser ganzes Wirtschaftsleben muß organisatorisch auf eine parlamentarische Grundlage gestellt werden. Ueberall müssen die Arbeiter und die Angestellten mitgewirkt haben. Das können sie aber nicht, indem sie in die alten Handelskammern hineingehen, sondern es müssen ganz neue Organe geschaffen werden, und das sollen die Wirtschaftsräte sein. Die Handelskammern sind nichts anderes als die Herrenhäuser des Wirtschaftslebens. Wir wollen sie deshalb nicht umbauen, sondern an die Wand drücken.

Minister für Handel und Gewerbe Fischbeck:

Ich habe mich mit dem Reichswirtschaftsminister in Verbindung gesetzt, konnte aber keine Pläne in ihren hauptsächlichen Grundzügen noch nicht erhalten. Man muß mir zugeben, daß ich erst einmal die Pläne des Reiches kennen muß. Die Handelskörper, die Handelskammern sind leistungsfähig zu machen, soweit sie in paritätischer Weise mitarbeiten können. Neben den Arbeitern und Angestellten müssen aber auch Vertreter der Unternehmer stehen, sonst können wir unser heute danieder liegendes Wirtschaftsleben nicht wieder in die Höhe bringen.

Abg. **Meyer** (Dem.): Von einer Abschaffung oder Beseitigung der Handelskammern, die sich ungeheuerlich im Wirtschaftsleben bewährt haben, kann überhaupt keine Rede sein. Es kommt mir darauf an, sie in modernem Geiste auszubauen.

Abg. **Hammer** (D. Nat.): Es ist wünschenswert, daß breitere Kreise als bisher in den Handelskammern vertreten sind. Auch die Minderheitsvoten müssen zur Geltung kommen.

Abg. **Hager** (Ztr.): Auch wir wünschen bei einer Neugestaltung des Handelskammerwesens, daß breitere Kreise des Volkes und der Industrie mehr als bisher beranzugezogen werden.

Die Vorlage wird darauf in dritter Lesung genehmigt.

Die Anordnungen des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten in Königsberg, Köslin, Bromberg und Frankfurt a. O. anläßlich der Ausführung des Friedensvertrages auf Ueberlassung der Befugnisse des Bezirksausschusses in Posen an den Bezirksausschuß in Frankfurt a. O. und der Befugnisse des Provinzialrats in Berlin an den Provinzialrat in Charlottenburg, sowie wegen Ausübung der Befugnisse der bisher zuständigen Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden, in den bei Preußen verbliebenen Teilen der Provinzen Westpreußen und Posen, sind dem Hause zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden.

Abg. Dr. **Doleysch** (D. Nat.) bringt zur Sprache, daß der Plan, auch den verbleibenden Teilen von Westpreußen und Polen einen neuen Regierungsbezirk zu bilden, ungünstigen und unbekannten Gründen wieder fallen gelassen sein soll. Anderseits soll Zeitungsnachrichten zufolge über die Zuteilung dieser Gebiete an die Regierungsbezirke Köslin, Stettin, Frankfurt und Liegnitz bereits Bestimmung getroffen sein. Auch wenn der Friede nicht sobald ratifiziert werden sollte, würde eine entsprechende Vorlage in Bälde an das Haus zu bringen sein.

Die Anordnungen erklärt das Haus durch Kenntnisnahme für erledigt.

Nach einer dem Hause zugegangenen Denkschrift über den Ausbau der Wasserstraße bei Hann. Münden sollen die im Gesetz vom 9. Juni 1913 beschlossenen Bauten im oberen Quellgebiet der Weser nunmehr unter Wiederung des damals beschlossenen Bauplanes fortgeführt und vollendet werden. Statt des einheitlichen Werkfestwerks sind zwei Einzelstaukwerke an der Werra und an der Fulda in Aussicht genommen.

Abg. **Müller-Hameln** (Soz.) begrüßt die Vorlage als einen Fortschritt der Gemeinwirtschaft und als ein Mittel, die unerhörte Monopolstellung, die zum Schaden der Bevölkerung von der bisherigen Elektrizitätswirtschaft ausgeübt wird, zu unterbinden. Bei der Stromverteilung müsse das Privatkapital ausgeschaltet und die Energieverteilung den Kommunen überlassen werden.

Nach kurzer weiterer Besprechung wird unter Ablehnung eines Antrages auf Fortsetzung der Beratung die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Gegen 5 Uhr vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend, 12 Uhr (Haushalt der Bergverwaltung).

*

Der Staatshaushaltsausschuß der Landesversammlung bewilligte am Mittwoch abend gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten die Ausgaben für die Kirche und Schule sachlich. Auf ein Anfrage des Zentrums erklärte ein Regierungsvertreter, daß die Regierung auf die Betätigungsrecht bei der Besetzung bauernder Pfarrstellen entsprechen und die Pfarrwahlverordnung dem Reichsrat einen Entwurf vorlegen werde, der nicht nach 10 Uhr abends liegen soll.

Deutsches Reich.

Die Werften über Lohntarif und Akkordarbeit.

V. **Bremen**, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den bis jetzt vorliegenden Abstimmungszahlen der Arbeiter der einzelnen Werften ist der neue Lohntarif, der auch die Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Akkordsystem vorsieht, im Kreise der Hamburger Werften mit überwiegender Mehrheit angenommen. Im Kreise der Werften Bremens, Vegesacks, Bremerhavens wurde der Tarif mit rund 5500 gegen rund 3000 Stimmen abgelehnt.

Bemerkenswert ist, daß bei der Atlantgesellschaft Weser, die in Betrieb ist, und bei der auch heute von 6600 Arbeitern sich nur etwa 1400 zur Feier des russischen Revolutionstages der Arbeit enthielten, gegen die Annahme der Akkordarbeit gestimmt wurde, während die streikenden Arbeiter der Vulkanwerke, die von der Verwaltung nur unter der Bedingung der Annahme der Akkordarbeit wiedereingestellt werden sollen, sich mit geringer Stimmenmehrheit für den Tarif und die Akkordarbeit entschieden haben. Auf den Kieler Werften haben sich 6104 Stimmen für und 7600 Stimmen gegen Tarif und Akkord erklärt. Zählt man alle jetzt vorliegenden Abstimmungsergebnisse von Hamburg, Bremen und Kiel zusammen so ergeben sich rund 19000 Stimmen für die Annahme von Tarif und Akkordarbeit und rund 20000 Stimmen dagegen.

Württembergische Anträge zur Verkehrsfrage.

Stuttgart, 7. November. Das württembergische Staatsministerium hat beschlossen, die Reichsregierung auf das dringendste zu ersuchen, sie möge 1) das gesamte Verkehrswesen mit sofortiger Wirkung einer mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Zentralbetriebsleitung unterstellen; 2) Vorsorge treffen, daß auch nach dem 15. November durch geeignete Einschränkungen des Personenverkehrs die Flüssigkeit und zweckmäßige Leistungsfähigkeit des Güterverkehrs auf allen deutschen Eisenbahnen gesichert ist; 3) den Personenverkehr an Sonntagen auf solche deutschen Eisenbahnen bis auf weiteres zu untersagen; 4) die allen deutschen Eisenbahnen zur Verfügung stehenden Wagenräume für Beförderung von Personenskraftwagen nur an Werktagen und nur gegen besondere behördliche Erlaubnis zuzulassen; 5) eine besondere Ueberwachung zur Sicherstellung regelmäßiger ausreichender Kohlenzufuhr von Ruhr und durch die Bahn nach Südwestdeutschland einzurichten; 6) eine weitere Einschränkung des Verbrauches an Gas und elektrischem Strom für das ganze Reich einheitlich durchzuführen und ebenso eine einheitliche Sperrstunde für alle öffentlichen Lokale vorzuschreiben, die nicht nach 10 Uhr abends liegen soll.

Der Attentäter Bolt geisteskrank.

Der Mörder des Abgeordneten Haase, der Lehrerbürer Bolt, wird nach Ansicht seiner Aerzten nicht vor Gericht gestellt werden. Der Gerichtsarzt, Geheimer Medizinalrat Dr. Straßmann, der den Attentäter auf seinen Geist prüfend begutachtet, hat sein Gutachten dahin zusammengefaßt, daß Bolt die Tat in einem Zustand verübt hat, der seine freie Willensbestimmung ausschließt. Bolt wird daher nicht vor Gericht gestellt, sondern in einer Irrenanstalt interniert werden.

Die Revolutionsfeier der Kommunisten.

Der mit erheblicher Propaganda vorbereitete geistige Festtag der Kommunisten zur Feier des Jahrestages der russischen Revolution brachte ihnen einen bemerkenswerten Mißerfolg. Kaum 5000 Kommunisten haben an den Feiern teilgenommen. Es war die Losung ausgegeben worden, nach 20 Uhr sollten Massenversammlungen in die Säle zu ziehen und sich unter den Linden zu vereinigen. Die Berliner Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden hatten einen ziemlich umfangreichen Abwehrdienst getroffen. An den wichtigen Verkehrspunkten und Hauptquartieren waren Patrouillen verteilt. Abwehr an Patrouillen und Autowagen in Bereitschaft, die mit Maschinengewehren und Flammenwerfern ausgerüstet sind mit Stahlhelmausrüstungen versehen waren. Die aufgeregte Stimmung ist eine Folge der Verhaftung von Leo Jogiches, der sich nach Ansicht der Polizei an der Spitze der Spartakusbewegung befindet. Jogiches, der sich bisher unter falschem Namen in Berlin aufhielt, ist vor einigen Tagen verhaftet worden. Er soll sich jetzt in Moabit befinden. Die Verhaftung soll in einem Hause in der Nähe des Alexanderplatzes erfolgt sein. Jogiches soll sich dort mit Radek getroffen haben. Radek ist bekanntlich ebenfalls verhaftet worden. Jogiches soll sich jetzt in Moabit befinden. Die Verhaftung soll in einem Hause in der Nähe des Alexanderplatzes erfolgt sein. Jogiches soll sich dort mit Radek getroffen haben. Radek ist bekanntlich ebenfalls verhaftet worden.

Keine Schulferien zum 9. November.

Den Provinzialschulkollegien hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Verfügung zugehen lassen:

Da nachdrücklich erwünscht es an sich wäre, die Schuljugend auf die große Bedeutung des 9. November nachdrücklich hinzuweisen, erscheint es doch bei der Gespanntheit der politischen Lage, bei der Gefahrenlage der politischen Jugendbewegung und vor allem bei der ungewissen Stellungnahme der Nationalversammlung, die eine Feier durch Beschluß vom 15. April z. J. ausdrücklich abgelehnt hat, nicht zweckmäßig, eine allgemeine Anordnung über eine besondere Veranstaltung in den höheren Schulen ergehen zu lassen.

Haenisch.

Letzte Meldungen.

Hamburg, 7. November. Die in argentinischen Häfen liegenden deutschen Dampfer, deren Maschinen beschädigt sind, sollten von La Plata nach Hamburg und Bremen durch Schlepper zurückgebracht werden, die — es handelt sich um deutsche, holländische und englische Schlepper — teilweise bereits in La Plata eingetroffen sind. In Frage kommen 14 Dampfer, und zwar von der Hamburg-Südamerika-Linie 3 Dampfer, Hapag 4, Deutsch-Ostafrika-Linie 1, Kosmos 2, Lloyd 1, Hansa 1, Roland-Bremen 2, mit einem Gesamttonnenraddressierraum von 80 000 Tonnen. Die Dampfer sollen hauptsächlich mit wichtigen Reisiffen und Lebensmitteln beladen werden. Die deutsche Regierung hat sich einen angemessenen Teil des Schiffsraumes gesichert. Die restliche Tonnage kommt für den freien Handel in Frage, der damit Gelegenheit findet, zum erstenmal wieder in direkte Beziehung zu Südamerika zu treten.

Mannheim, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) 60 Beamte der Hafenschiebstdirektion hatten durch ihren Vertrauensmann beim Führer der Wehr eine Eingabe des Dienstes durch Verkürzung der 12 Stundendienstes durchzusetzen versucht. Beim Morgenappell ließ Leutnant Daniels den Vertrauensmann festnehmen und in Begleitung von Bewaffneten abführen. Später erschien ein Kommando Soldaten beim Angeklagten des Dampfers „Freya“ am Stadtteich. Die Soldaten kamen an Bord, stellten die angetretenen Sicherheitsbeamten und führten sie alle in Einzelhaft ab. Jeglicher Verkehr wurde gesperrt.

Kurstrift, Kurfürstendamm 12: Das große neuartige Programm hat durchschlagenden Erfolg. Der erdmalige Hofburgschauspieler Th. Wk. Kapier liest im Einzelvortrag und im neuen Gesamtspiel durch die schöne Sprache seines genialischen Spiels. Im Duett Torrens hat er die riesige Ausdrucksgewandte Puth in gefunden, die durch Anmut und Spiel entzückt. Den humoristischen Teil bestreicht in voll vollendeter Weise, so daß man aus dem Lachen nicht heraus kommt, der bekannte Rudi Thaller. Es ist aber den ganzen Spielplan nur Erstklassiges zu berichten. Ueber die rührendste Szene bietet Verzweiflung in preisverdienter Form erledigt sich auch jedes weitere Wort.

Staatl. Fachingen ist wieder, mit allen guten Verschlüssen versehen, sofort lieferbar.
Brunnenschriften durch das Fachinger-Zentralbüro, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 55.

DAS NATÜRLICHE MINERALWASSER FÜR KRANKE UND GESUNDE
STAATL. FACHINGEN

Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen u. s. w.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Auslandsaufträge und Streiks.

Die Schäden der Streiks für das deutsche Wirtschaftsleben sind zum größten Teil ziffernmäßig nicht erfassbar, einmal wenn sie auch zeitlich nicht mit ihnen zusammenfallen. Das ist z. B. der Fall bei den Verlusten, die Industrie wegen Fortfalles grosser Auslandsaufträge treffen. Ein besonders krasser Fall dieser Art wird soeben in den „Wirtschaftlichen Mitteilungen aus dem Siemens-Konzern" anschaulich dargestellt. Vor dem Kriege baute Siemens die elektrische Bahn Kiruna—Riksgränsen für die schwedischen Staatsbahnen, und zwar mit erheblichen Opfern, aber in der Voraussicht, an den grossen Erweiterungen in erster Linie beteiligt zu werden. Die Erweiterungen sind jetzt in Angriff genommen; neben schwedischen, amerikanischen und schweizerischen Firmen wurde auch Siemens ein Angebot vor, es handelte sich um 14 Güterzug-Lokomotiven. Nach Erhalt des Angebots wurde von der schwedischen Staatsbahnverwaltung eine Kommission nach Deutschland entsandt, die in Siemensstadt zu einem Zeitpunkte eintraf, an dem die Werke infolge des trostlosen Eindrucke, die die schwedische Regierung von den deutschen Arbeitsverhältnissen hierdurch erhalten hat, trotz dem das Angebot technisch und finanziell in jeder Beziehung günstig war, nicht erteilt wurde. Die Lieferung im Werte von 11 Millionen Mark, die überwiegend aus Teilen besteht, die in den Werkstätten der Firma hätten hergestellt werden können, fiel an die ausländische Konkurrenz. — Das Schreiben, mit dem die Staatsbahnverwaltung der Gesellschaft ihren Entschluss mitteilte, lautet in Übersetzung wie folgt:

„Königliche Staatsbahnverwaltung.

Wir dank n verbindlichst für die von Ihnen eingereichten Angebote auf die rasche Lokomotiven für die Bahnstrecke Kiruna—Luleå. Es müssen Ihnen aber mitteilen, dass, obwohl Ihre Offerten in Preisen müssen Ihnen aber mitteilen, dass, obwohl Ihre Offerten in Preisen hi sich annehmbar waren, wir trotzdem uns nicht imstande sehen, unsere Bestellung oder eine Teil da on bei Ihnen zu placieren, weil die Verhältnisse bei Ihrer Firma und wohl überhaupt bei der deutschen Industrie infolge der wiederholten Streiks und Unruhen uns keine Sicherheit für die Vollziehung der Lieferung in der versprochenen Zeit bieten können scheinen. Bis ruhigere Verhältnisse in ihrem Lande eingetreten sind, sind wir nicht imstande sein, eine Änderung in dieser Geschäft-politik vorzunehmen.

Stockholm, den 18. September 1919. gez. Unterschrift."

Dieses Ergebnis ist um so trauriger, als das Vorgehen der schwedischen Regierung vorbildlich wirken wird. Wenn unsere Arbeits-verhältnisse auf dem Wege abwärts so weiter fortschreiten, wird es der deutschen Industrie unmöglich gemacht werden, nach dem Auslande zu liefern und dadurch der völligen Entwertung unseres Geldes Einhalt zu tun.

Erleichterungen in der Baustoffverteilung. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die starke Belastung der Baustoffbeschaffungsstellen, namentlich auch die starke Ueberlastung der Publikumverkehrs, hat vielfach zu einer Verzögerung in der Bearbeitung der Anträge auf Baustoffzuteilung geführt. Eine Neuregelung der Baustoffbeschaffung ist jetzt vorgenommen wo den. Zur Beschleunigung des Verfahrens wird künftig durch die unteren Verwaltungsbehörden (Land- und Stadtkreise, Bezirke, Gemeinden usw.) bereits eine Vorprüfung aller, auch der nicht mit öffentlichen Zuschüssen bedachten Bauanträge bezüglich der Notwendigkeit vorgenommen. Die Bauanträge, deren dringende Notwendigkeit anerkannt ist, werden an die zuständigen Baustoffbeschaffungsstellen weitergeleitet, zugleich mit einer Liste sämtlicher bewilligten Dringlichkeit. Dabei wird die Zahl der weiterzuleitenden Bauvorhaben so beschränkt, dass nach Möglichkeit eine tatsächliche Belieferung mit Baustoffen erfolgen kann. Nach abermaliger Nachprüfung der Baustoffbeschaffungsstellen gehen dann die Baustoffbedarfsnachweisungen der genannten Bauten an die unteren Verwaltungsstellen mit Bewilligungsvermerk zurück. 10 % der Gesamtmenge an Baustoffen — Ziegel, Zement, Kalk — werden für notwendige Ausbesserungsarbeiten den unteren Verwaltungsbehörden zu selbständiger Verfügung überwiesen.

Deutsche Volkswirtschaft.

Erweiterung des Börsenverkehrs. Der Vorstand der Berliner Fondsbörse hat beschlossen, bei der Regierung den Antrag zu stellen, die im Kriege zwecks Zügelung der Spekulation durchgeführten Einschränkungen von jetzt an wieder aufzuheben. Wird diese Beschlussfassung genehmigt, so würde damit das Verbot des Stellagen- und Prämiengeschäftes aufgehoben sein.

Höchstpreise für Gemüsekonserven. Im „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Gemüsekonserven-Kriegs-G. m. b. H. die Höch-preise für den Absatz von Gemüsekonserven aus der Ernte 1919, getrennt nach Grosshandels-preisen, Kleinhandelspreisen und Preisen für den Absatz an die Verbraucher.

Deutsche Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen. Das Institut beabsichtigt die Uebernahme der Dissener Volksbank gegen Barzahlung von 400 000 ℳ für die 400 000 ℳ Aktien oder Gewährung von je 3000 ℳ Deutsche Nationalbankaktien für je 4000 ℳ Dissener Volksbankaktien.

Zusammenschluss der mitteldeutschen Tiefbohrunternehmer. Unter dem Namen Vereinigung mitteldeutscher Tiefbohrunternehmer schlossen sich, wie uns ein Privattelegramm meldet, mit dem Sitz in Halle die mitteldeutschen Tiefbohrgesellschaften und Einzelunternehmer zusammen.

Zuckerrübenuntersuchungen. Nach dem statistischen Bureau von E. O. Licht haben die letzten Rübenuntersuchungen in den Fabriken eine Ausbeute an Zucker von durchschnittlich 15,01 % ergeben gegen ebenfalls 15,04 und 16,90 % in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre.

Ausländische Volkswirtschaft.

Einstellung des Betonschiffbaues. Aus Schottland wird berichtet, dass der Betonschiff bau bereits im allgemeinen eingestellt ist. Einige Werften haben noch Aufträge in Arbeit, aber auch diese werden nach Vollendung der Bauten entweder ihre Betriebe schliessen oder sich auf andere Fabrikationszweige umstellen. Damit ist die Unrentabilität des Betonschiffes erwiesen.

Zollschutz für amerikanische Farbstoffe. Der amerikanische Repräsentantenkongress hat nach mehrmonatigen Verhandlungen und teilweise sehr erregten Debatten die auch von uns bereits angekündigte Bill angenommen, die einen Schutz für die amerikanischen Farbstoffe vorsehen soll. Die Bill verdoppelt oder verdreifacht die jetzigen Zölle und stellt die Einfuhr unter Lizenzerteilung nach britischem Muster.

Weltwirtschaft.

Gründung einer holländisch-tschecho-slowakischen Handels-Gesellschaft. Nach dem „Prager Tageblatt" gründet die Böhmische Industrie-bank gemeinschaftlich mit der Nederlandschen Handelsmaatschappij mit dem Sitze in Amsterdam und der Hauptweigstelle in Prag eine holländisch-tschecho-slowakische Handelsgesellschaft, namens „Holbo", mit einem Kapital von 3 Millionen holländischen Gulden (47½ Millionen tschechischen Kronen).

Errichtung einer tschechisch-italienischen Bank. Die Banca Sconto und die Wiener Verkehrsbank werden eine tschechisch-italienische Bank in Prag errichten.

Aktiengesellschaften.

Die Sächsische Cartonnagenmaschinen Akt.-Ges. in Dresden schlägt einer Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 1 Million Mark auf 3 Millionen Mark vor. Die neuen Aktien sollen der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, Abteilung Dresden, überlassen werden.

Die Leipziger Spritfabrik legt der Generalversammlung auch das Angebot der Reich-monopolverwaltung für Branntwein vor, as Vermögen der Gesellschaft als Ganzes ohne Liquidation zu übernehmen.

Börse.

Berliner Metallbörse vom 8. November.

Preise für 100 kg in Mark:

	8. 11.	4. 11.
Elektrolytkupfer (wire bars)	1896	1910
Raffinad-kupfer (99—99,8 %)	1625—1675	1490—1550
Mit erweichlich	450—460	480—485
Hüttenrohzink (99 %, ab Werk)	350	350
do. (für freien Verkehr)	470—475	435—440
Hüttenaluminium (98—99 %)	2200—2300	2000—2050
Banka-zinn	4250—4800	3825
Hüttenzinn (99 %)		3775—3800
Reinnickel (98—99 %)	3000—3100	2750—2900
Antimon (Regulus)	725—750	690—700

Devisenkurse.

Köln, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Im freien Verkehr der Kölner Börse wurden notiert:

	7. 11.	6. 11.
Englische Noten	140	132—1321—1331
Französische Noten	396—392—394	416-408-4181-412
Belgische Noten	423—416—419—4151	481—440—486
Holländische Noten	1365—1360	1410

Amsterdam, 7. November. (Eigener Drahtbericht.)

	K. v. 7. 11	6. 11.
Berlin	7.60	7.35
Wien	2.65	2.45
Schweiz	47.60	47.65
Kopenhagen	56.70	56.80
Stockholm	47.40	47.60
London	11.02	10.99
Paris	29.85	29.15
Christiania	55.95	59.00
Helsingf.	—	81.15
Madrid	—	51.75
New York	2681 G	268.50
do. teleer. Auszahl.	2681 G	—

Edel-Erzeugnisse.

In den kommenden schweren Zeiten kann die deutsche Industrie nur durch immer weitere Veredelung ihrer Erzeugnisse erfolgreich in Konkurrenz treten. Daß dies der einzig richtige Weg ist, bewiesen die Erfolge der deutschen Sektindustrie. Anstatt sich durch das Ausbleiben der früher leicht erhältlichen französischen Weine zurückhalten zu lassen, ist ein Teil der deutschen Sektkellereien dazu übergegangen, hochwertige deutsche Edelgewächse zu Sekt zu verarbeiten — Crescenzen, die bisher nur als teure Delikatessen auf den Tisch der „oberen Zehntausend" kamen. So kaufte z. B. die bekannte Sektkellerei Matheus Müller in Eltville unter vielen anderen die Gesamterntecrescenzen Niederleukener des Winzervereins, Scharlsberger der Hohen Domkirch- und von Claus Müller den weitaus größten und besten Teil dieser Crescenz, ferner die Erträge des Wilhelm Rautenstrauch, einschließlich der besten Fuder. Von berühmten Rheingauer Kathäuserhofberger der Herrn Graf Matuschka-Greiffenklau, Johannisberger der Frau von Mumm, sowie eine Crescenzen hat die Sekte Müller-Thurgau des Grafen Matuschka-Greiffenklau, Johannisberger der Frau von Mumm, sowie eine Menge Original-Lagen-Weißherbst. Ebenso erhielt die Sektkellerei Gebrüder Doehl in Geisenheim sogar 14 Originallagen Steinberger Cabinet der preußischen Domäne, darunter die beste Nummer, zur Herstellung von Sekt ersteizert hat.

Derartige Qualitätsweine sind noch zu keiner Zeit und in keinem Lande zu Sekt verarbeitet worden, weshalb mit vollem Recht behauptet werden kann, daß die deutschen Sektkellereien, trotz der Ungunst der Verhältnisse, es verstanden haben, durch die Veredelung ihrer Produkte erfolgreich den Konkurrenzkampf zu bestehen.

E. G.

Pfänder, die vom 1. Juli 1918 bis 30. September 1918 bei unseren Pfandleihen verfallen und nicht erneuert wurden, kommen zu Weiterverkauf.

Beginn: Montag, den 10. November d. Js., vormittags 9 Uhr.

Berlin, den 4. Oktober 1919.

Städtisches Leihamt.

Theater für Sonntag, den 9. November 1919.

Opernhaus.
Unter den Linden.
231. Vorstellung. Vorstellung. Die lustigen Weiber von Windsor. Komische Oper in vier Akten nach Shakespeares gleichnamigem Lustspiel von Deinhardstein. Musik von Otto Nicolai. Anfang 6½ Uhr. — Sonntag, 2. Abonnement-Vorstellung. Vorletzte Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Schauspielhaus.
Am Gendarmenmarkt.
246. Vorstellung. Vorstellung. Maria Stuart. Trauerspiel in fünf Akten von Friedrich Schiller. Anfang 6½ Uhr. — Sonntag, nachmittags 2 Uhr: 9. Nachmittags-Vorstellung. Ia. Volks-Vorstellung zu ermäßigten Preisen. Die Räuber. — Abends 6½ Uhr: 244. Abonnement-Vorstellung. Die Räuber.

Kleines Theater.
3 Uhr: Helden.

Kleines Schauspielh.
7½ Uhr: Er kann nicht befehlen.

Residenz-Theater.
2 Uhr: Das höhere Leben.
Sonntag 4 Uhr: Geisenfeier.

Trianon-Theater.
4 Uhr, 6, 8 Uhr: Aschenbrödel.
7½ Uhr: Maskerade.

Volksbühne Theater am Bülowplatz
Direktion: Siegfried Nestler
7½ Uhr: Predigt in Litauen.
Hierauf:

Winter-Garten.
Täglich 7½ Uhr.
Variété - Spielplan!
Rauchen gestattet!

Welt-Panorama
1. Reise: Insel Java. 11. neue Besteigung d. Groß Glockner. Eine Reise 30 ₰, Kind. nur 15 ₰. Jede Woche andere Länder.

Kurfürst
18. Kurfürstendamm 18
Speise-Wein-Haus I. R.
Beginn Konzert 7 Uhr!
Vorträge 8½ Uhr!
D. gr. neuartige Progr.:
Bis 11 Uhr
! Schlager auf Schlager !
Gastspiel:
Charles Willy Kayser
ehem. Hofopernsänger
Daisy Torrens
v. Thalia-Theat. Hamburg
im beifall-grossen Sketch
„Ein Abenteuer um Mitternacht."
L. Sandkuhl — Meill Rothe
Schmitten — Emil Thaller
Kunst — Humor

Reichshallen-Theater
7½ Uhr: Sonntags Nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger.
Nachmittags kein Ballett.
Reichshallen-Kab. Schnell-Ballett.
Anfang 7½. Sonntags 5 Uhr.
Neues Programm.

Ankauf von **Juwelen**
Perlen, Smaragden usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Pianos
neue und gebrauchte auf Teilzahlung.
Pianohaus
Adolf Schlesinger.
Göbenstr. 10. Lützow 1423

M. 30 000 Kapital gesucht
für Filmunternehmen. Konkurrenzlos. D. R. P. angemeld. t. Näheres durch Ingenieur **H. Menz**, Berlin-Baumschulenweg, Cecilienstrasse 3. Telephon: Oberschöneweide 189, von 8—9 und 6—8.

Lebensl., gesunder, strebs. Kaufmann, (v. 26½ Jahre, (Rhenl.), Hlonb., d. mittl. Feuer, sucht ein

kerndeutsches liebes Mädel,
als treuen
Lebenskameraden.
Ich beabsichtige, ein Tapeten-Geschäft zu erwerben, und würde eventl. in ein solches auch einheiraten.
Unter Zusicherung strengst. Diskretion erbitte Ang. bote mit näheren Berichte, und Bild unter **Heinz 25** an die Exped. der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

Detektiv Auskünfte „Fortuna" Berlin, Friedrichstr. 220 p. Telephon Nollendf. 3806. — Ermittlungen, Beobachtungen, Auskünfte allerorts. Ehe-Gebungen, ernster Erfolg.

Säcke
aus
Kraftpapier, Krepppapier
sowie allen Arten Stoffe, fabriziert:
Fritz Eilers jun.
Bielefeld
Fellenstraße 1 Postfach

Brillanten
Juwelen Perlen, Smaragden und Perlenschnüre
kauft zu hohen Preisen
M. Spitz, Friedrichstrasse 91/92
zwischen Mittel- und Unterbaumstrasse.

Detektiv Hauschild
Kriminalist, Exam. Berlin, Friedrichstr. 190, Fernspr. 9901.

Klein-Schanzlin & Becker
Aktiengesellschaft
Frankenthal-Pfalz
KSB
Klein-Pumpen u. Armaturen
Büro und Ausstellungsräume
Berlin-N.W.7
Mittelstrasse 53/54

Arnsdorfer Papierfabrik Heinrich Richter Aktiengesellschaft.
Die Aktionäre werden auf Grund des § 20 des Statuts zu der am 3. Dezember 1919, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaale der Gesellschaft zu Arnsdorf im Riesengebirge stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen.
Jede Aktie gibt das Recht auf eine Stimme.
Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, eben's Bevollmächtigte hierzu, haben ihre Aktien oder Bescheinigungen über Hinterlegung von Aktien bei der Reichsbank oder bei ein m deutschen Notar, Bankmachten u. s. frei spät. 3. Dezember 1919 bei der Gesellschaft einzureichen. Der Tag der Hinterlegung wird nicht mitgerechnet, bei der Kasse der Gesellschaft zu Arnsdorf im Riesengebirge oder bei dem Bankhause Abraham Schiffmann & Co. in Berlin, Mittelstr. 2/4, oder bei dem Schlesischen Bankverein Filiale der Deutschen Bank in Breslau oder bei der Deutschen Bank Filiale Hirschberg in Hirschberg i. Schles., gegen Empfangnahme einer Legitimation in den üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen.

Tagesordnung:
1) Bericht des Vorstandes über die Lage des Geschäfts unter Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Geschäfts-richts für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1919 sowie Bericht des Aufsichtsrats.
2) Bericht des gerichtlichen Bücherrevisors über die Prüfung der Bücher, der Bilanz und des Gewinn- und Verlustkontos für das verflossene Geschäftsjahr.
3) Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz und Erteilung der Entlastung.

Arnsdorf i. Riesengebirge, den 6. November 1919.

Der Aufsichtsrat
der Arnsdorfer Papierfabrik Heinrich Richter Aktiengesellschaft.
Hans Schlesinger, Vorsitzender.

Hervorragende Bürofedern.
Brauses Rustica No 552 — die Feder unserer Zeit
Brause-Feder No 11 — (Börsenfeder)
Brause-Feder No 73 — (0,75)
Brause-Feder No 570 — (Kugelspitz 516)
BRAUSE & Co. Schreibfederfabrik Iserlohn.

Offiziere
energisch und kapitalkräftig
von erster Industriefirma gesucht zur Uebernahme der
Generalvertretung.
Organisation restlos vorhanden. Propagandamaterial kostenlos. Es wird tüchtiger, ganzer Herr gesucht geboten. Gefl. Zuschriften u. T. 4491 an Heinr. Eisler, Annoncen-Expedition, Berlin SW. 48.

CARLSWERK
KABEL u. LEITUNGEN
IN JEDER AUSFÜHRUNG
KABELZUBEHÖRTEILE
ELEKTROTECHNISCHE ARTIKEL
VERLEGUNG GANZER KABELNETZE
FELTEN & GUILLEAUME
CARLSWERK
ACT.-GES.
CÖLN-MÜLHEIM
FIG. NEPTUN

Berliner Büro: Berlin W. 10, Viktoriastr. 30. Fernsprecher: Amt Lützow 5646 u. 5647.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Jochim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.